Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei
Rheder Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 82 und 87. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Isselburger Zeitung

Nr. 187 | Samstag, den 11. Juli | 1925

Die zweite Lesung der Aufwertungsgesetze.

Deutscher Reichstag.

✠ **Berlin,** 10. Juli. (Tel.)

Am Regierungstisch Reichswehrminister Dr. Geßler, Reichsfinanzminister v. Schlieben, Reichsjustizminister Dr. Frenken. Auf den Tribünen haben viele Vertreter von Sparer- und Rentnerorganisationen Platz genommen. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2,45 Uhr und schlägt vor, den ersten Punkt der Tagesordnung, das Gesetz über das Tragen einer militärischen Uniform abzusetzen, um die Erledigung der Aufwertungsgesetze nicht zu stören, die bis zum 15. Juli verabschiedet werden müssen. Das Haus ist einverstanden.

Nachdem noch der Entwurf eines vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion an den auswärtigen und handelspolitischen Ausschuß überwiesen worden ist, tritt das Haus in die zweite Beratung des Gesetzes über

die Aufwertung von Hypotheken

und anderen Ansprüchen ein.

Abg. Keil (Soz.) betont, die von den Sozialdemokraten gewünschte soziale Lösung des ganzen Problems sei an dem Widerstand der Kompromißparteien gescheitert, die alles auf den Vorteil der Schuldner zugeschnitten hätten. Alle demagogischen Wahlversprechungen der Rechten hätten sich zwar nicht erfüllen lassen, aber viel mehr hätte sich erreichen lassen, wenn die Kompromißparteien gewollt hätten. Der Redner verliest ein Wahlflugblatt der Deutschnationalen vom 7. Dezember 1924, in dem die Deutschnationalen die Sparer, Aufwertungsgläubiger und Rentner auffordern, Deutschnational zu wählen, weil die Deutschnationalen alle Ansprüche der Sparer unter voller Berücksichtigung des Bestschen Entwurfes erfüllen wollen. (Hört! Hört! links.) Verschiedene Abgeordnete der Deutschnationalen hätten Erklärungen unterzeichnet, in denen sie sich verpflichten, für eine individuelle Aufwertung nach Treu und Glauben einzutreten. (Hört! hört! links.) Und was sei geschehen? Die Deutschnationalen hätten in unerhörter Weise ihrem Fraktionsmitglied Dr. Best den Stuhl vor die Tür des Aufwertungsausschusses gesetzt und den Aufwertungsentwurf abgelehnt. Die Stellung der Sozialdemokraten in der Aufwertungsfrage stehe prinzipiell fest. Das vorliegende Aufwertungskompromiß habe zwar kein Verständnis für die Not der betroffenen Anleihebesitzer, aber umsomehr für die Inflationsgewinnler und Spekulanten. Der Redner betont, daß die Sozialdemokraten die Streichung des Neubesitzes, sowie höhere Aufwertungsgesetze beantragen würden.

Abg. Hergt (Dntl.) wird von der Linken mit den Zurufen empfangen: Hier stehe ich, ich kann auch anders! (Heiterkeit.) Er erklärt, daß es ohne die Deutschnationalen heute überhaupt keine Aufwertung geben würde (Gelächter links.) Bisher sei nur geredet worden. Jetzt, wo die Deutschnationalen mit in der Regierung säßen, werde etwas geschafft. Wenn man die Höhe der Aufwertung bemängele, so solle man sich der warnenden Stimme des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erinnern, der es nicht ausgeschlossen habe, daß die schweren Zeiten von 1923 wiederkommen würden. Der schwerste politische Fehler der letzten Jahre sei, daß die Aufwertungsfrage nicht schon vor dem Dawesgutachten von den Regierungen ohne Deutschnationale verfaßt und geregelt worden sei. Erst die Deutschnationalen hätten erzwungen, daß prinzipiell die Notwendigkeit einer Aufwertung von der Regierung anerkannt wurde. Niemals hätten die Deutschnationalen 100 Prozent der Aufwertung versprochen. (Gelächter und Zurufe.) Was darüber behauptet wird, sei Lüge. Auch bei den Bestschen Entwürfen hätten die Deutschnationalen Vorbehalte gemacht, aber es sei zuzugeben, daß die Deutschnationalen mehr erhofft, erwartet und erstrebt hätten, als erfüllbar war. Man könnte sich eben den staatspolitischen Notwendigkeiten und den sich immer schwieriger gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht verschließen. Was hätte es genützt, wenn man den Sparern und Gläubigern 50 Prozent bewilligt hätte und es wäre wieder eine Inflation gekommen. Wenn trotzdem hier und da noch etwas mehr für die Aufwertung hätte getan werden können, so sei es an dem Widerstand der Regierung gescheitert und diesen Widerstand, der sachlich seine Begründung hatte, hätte man achten müssen. Die Stellungnahme der Deutschnationalen zur Aufwertungsfrage sei das Ergebnis einer genauesten Gewissensprüfung. Man hätte nicht die Regierung stürzen können, weil die Koalition für Deutschlands Zukunft erforderlich sei. (Zuruf: Mit Stresemann! Beifall rechts.) Wenn man auch mit dem Ergebnis der Aufwertungsgesetze nicht ganz zufrieden sein könne, so hätten die Kompromißparteien doch eine ganze Menge für die Gläubiger herausgeholt. Aber 78 Milliarden Anleihen zu 100 Prozent aufzuwerten, das deutsche Volk mit 78 Milliarden zu belasten, wäre Wahnsinn. (Lärm links, Beifall rechts.) Der Spatz in der Hand sei jedenfalls besser als die Taube auf dem Dache. (Zischen links. Beifall rechts.) Wir konnten nicht so handeln, wie die Herren von den Gläubigerverbänden wiederholt uns angetrieben haben: Stürzt doch die Regierung, scheidet aus! Nicht um jeder Angelegenheit willen kann man eine Regierungskoalition aufgeben, wohl aber um der größten nationalen Güter und um großer nationaler Fragen willen. Die deutschnationale Volkspartei würde sich selbst aufgeben, wenn sie in einem solchen Falle nicht die letzten Konsequenzen ziehen wollte. Die Aufwertungsfrage ist aber keine von diesen großen nationalen Fragen, sie ist nur ein Ausschnitt eines großen Komplexes von anderen außenpolitischen Fragen. Deshalb mußten wir dem „Unannehmbar" der Regierung Rechnung tragen. Diese Regierung ist doch unsere Zukunftshoffnung. (Lachen links.) Sie ist die Aufbauregierung. (Sehr richtig! rechts. Ruf im Zentrum: Auch mit Stresemann?)

Abg. Schetter (Ztr.) hebt hervor, daß die Darstellungen des Abg. Hergt über die Vorgänge zur Aufwertungsfrage der historischen Wahrheit nicht ganz entsprechen. (Hört! hört! links.) Dr. Hergt solle die Ungeduld der Partei, die heute mit ihm zusammen die Regierung stützt, nicht auf eine zu große Probe stellen. (Zustimmung im Zentr.) Noch als Dr. Hergt auf der Bank der Opposition saß, bei der Liquidierung des passiven Widerstandes, hätten die damaligen Regierungsparteien entscheidende Schritte zur Heilung der schweren Wunden der deutschen Sparer unternommen. (Beifall links und im Zentr.) Die Wirtschaft braucht zu ihrem Gesundungsprozeß eine schnelle und klare Lösung der Aufwertungsfragen, um wieder sicher kalkulieren zu können. Gegen das Unrecht der dritten Steuernotverordnung, die die Hypotheken nur zu 15 Proz. aufwerten wollte, müßte aber Front gemacht werden. Diesen unzulänglichen Bestimmungen gegenüber bringt das vorliegende Gesetz eine erhebliche Verbesserung. Das Problem müsse als reine Rechtsfrage gelöst werden. Durch eine fanatische Aufwertungspropaganda sei der Aufwertungsbewegung unendlicher Schaden zugefügt worden. Ganz anders klinge dagegen der Appell der deutschen Bischöfe an das Gewissen der verantwortlichen Stellen. Das Zentrum stelle den reichsgerichtlichen Grundsatz, daß es mit Treu und Glauben unvereinbar sei, alle Schuldforderungen durch die Geldentwertung als getilgt anzusehen, in den Mittelpunkt. Die individuelle Methode sei die einzige, die der Gerechtigkeit Genüge leistet. Leider sei sie aber staats- und finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen. Würde man 65 Milliarden Hypotheken und 5 Milliarden Industrie-Obligationen auch nur zur Hälfte wieder herstellen, so hätte die Wirtschaft davon bei 5proz. Verzinsung jährlich 3½ Milliarden Zinsen aufzubringen. Unsere Wirtschaft ist aber so geschwächt, daß sie in absehbarer Zeit solche hohen Summen nicht aufbringen kann. Dazu komme die schwierige Lage der großen Erwerbsstände, auf deren Schultern die Aufwertungslasten in erster Linie liegen. In der Landwirtschaft sei die Rentabilität der Betriebe vielfach aufgehoben. Auch bei der Industrie seien die Verhältnisse sehr verschieden. Der Aufwertungssatz durfte daher nicht zu hoch getrieben werden. Die jetzige Lösung ist unbefriedigend, aber es war nicht mehr zu erreichen.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vpt.) betont, daß es sein Bestreben gewesen sei, in der Aufwertungsfrage auszugleichen zwischen Wirtschaft und radikalen Aufwertungsverbänden und aufzubauen. Gegenüber dem Standpunkt der radikalen Aufwertungsfreunde, das Recht Recht bleiben müsse, betone er, daß man bei Sistierung der Quote, die der Schuldner heute dem Gläubiger zu zahlen habe, die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen müsse. Das gegenwärtige Aufwertungsgesetz sehe keine individuelle Aufwertung, wie sie der Bestsche Entwurf wollte, vor. Der Bestsche Entwurf sei eine juristisch logische, aber praktisch undurchführbare Vorlage, schon deshalb, weil er die endgültige Festsetzung der Quote bis 1932 hinausschieben will, was für die Wirtschaft untragbar sei. Außerdem kranke der Bestsche Entwurf daran, daß er die Tätigkeit der Geschichte außerordentlich überschätze. Es sei den Gerichten praktisch unmöglich, in jedem Einzelfalle eine Entscheidung herbeizuführen. Die Flut der Prozesse würde außerdem in diesem Falle nie zu besiegen sein. (Zust.) Ein anderer noch vorliegender Aufwertungsentwurf, der vom Staatssekretär Mügel ausgearbeitet sei, wäre der beste gewesen, scheiterte aber nicht zuletzt daran, daß die Regierung ihn glatt ablehnte. Das schließlich zustande gekommene Kompromiß setze sich aber aus einer Fülle von Einzelkompromissen der Parteien untereinander und mit der Regierung zusammen. Der Aufwertungssatz von 25 Prozent sei eine Folge der vielen Kompromisse. Er sei aber in einer Reihe von Fällen, die im Paragraphen 10 festgelegt seien, wo es sich um Grundstücksüberlassungen, Erbauseinandersetzungen usw. handelt, elastisch. Es würde zweifellos viele Fälle geben, in denen der Satz von 25 Prozent überschritten werden könnte, aber wahrscheinlich ebenso viele Fälle, in denen dieser Satz zu hoch sei. Das kennzeichne allein die Schwierigkeiten der Sistierung der Quote. Der Redner kommt auf die Frage der Aufwertung der Restkaufgelder zu sprechen. Nach dem Kompromiß sollen Restkaufgelder aus der Zeit von 1912 bis 1921 bis zu 100 Prozent aufgewertet werden. Für diese Zeit nach 1921 hat das Gesetz keinen Satz festgelegt. Da soll evtl. die Möglichkeit bestehen, noch über 100 Prozent aufzuwerten. Der Redner hält das aber für bedenklich, weil es einen Eingriff in die Vertragsfreiheit darstellt. Die im Gesetz vorgesehene Verzinsung bezeichnet der Redner als überaus unbillig. Eine höhere Verzinsung sei aber an der Hauszinssteuer gescheitert, die die Regierung unbedingt erhalten wolle. Daraus ersehe man, wie auch die Aufwertung mit der Frage der Wohnungszwangswirtschaft zusammenhängt und wie notwendig es im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft sei, die Wohnungszwangswirtschaft abzubauen. (Lebhafte Zust.) Bei Betrachten der Frage der Aufwertung von Industrieobligationen betont der Redner, daß eine große Anzahl von Industrieunternehmungen in schwerer Notlage sich befänden. Trotzdem sei hier eine billige Lösung gefunden worden insofern, als den Gesellschaften die Möglichkeit gelassen ist, erst einmal eine gewisse begrenzte Dividende an ihre Aktionäre auszuteilen. Das vorliegende Kompromiß sei nach langwierigen Verhandlungen zur Annahme gelangt und auch er, der Redner, habe ihm seine Zustimmung gegeben. (Beif. rechts.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Aufwertung ist für die demokratische Partei auf der einen Seite ein moralisches, soziales und wirtschaftliches Gebot, auf der anderen Seite ein Problem der staatswirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Aufwertung müsse bis an die Grenze dessen gehen, was beide Wirtschaften vertragen. Dabei handele es sich grundsätzlich um die individuelle oder die schematische Aufwertung. Die vorliegenden Gesetzentwürfe gehen von der schematischen Regelung aus und sind dabei mit Schwächen und Mängeln beider Möglichkeiten behaftet. Es ist der demokratischen Partei nicht gelungen, diese groben Mängel zu beseitigen und auch sonst die Aufwertung befriedigend zu gestalten, da die hinter der Regierung stehenden Parteien sich fast allen Abänderungsanträgen gegenüber ablehnend verhielten. Die Verant-

Der Konflikt zwischen Stresemann und den Deutschnationalen.

Neuer Vorstoß des Grafen Westarp.

Berlin, 10. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Die innerpolitische Situation hat durch einen Artikel des Grafen Westarp, der in verschiedenen deutschnationalen Zeitungen erschien, eine neue Klärung erfahren. Graf Westarp vertritt in seinem Artikel von neuem die These, daß das Memorandum des Reichsaußenministers Dr. Stresemann lediglich eine unverbindliche Anregung gewesen sei. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Aufgreifen dieser Streitfrage unter Umständen zu sehr kritischen Momenten führen kann. Die „Tägliche Rundschau" hat bereits heute morgen eine Ergänzung zu den Behauptungen des Grafen Westarp gegeben, und dabei, angesichts der neuen Versuche, den deutschen Vorschlag in seinem Wert als Regierungsaktion herabzusetzen, behauptet, daß die Klärung der Situation nicht auf sich warten lassen werde. Man kann ohne weiteres annehmen, daß diese Erklärung der „Täglichen Rundschau" indirekt auf Stresemann zurückzuführen ist. Nun aber wendet sich überdies die „Deutsche diplomatische Korrespondenz", die ebenfalls zweifellos vom Reichsaußenminister inspiriert ist, gegen die Aeußerungen des Grafen Westarp. Die genannte Korrespondenz bemüht sich, den amtlichen Charakter im Februarmemorandum als eine Kundgebung der Reichsregierung zu leugnen. Es heißt u. a., daß diese Maßnahme, nachdem sich der Ministerrat, der Auswärtige Ausschuß, der Reichsrat und das Plenum des Reichstages damit befaßt hatten, dadurch auch formell zu einer Aktion der deutschen Regierung geworden und als solche zu bewerten sei. Es sei deshalb durchaus unverständlich, wie heute bei dem Charakter des deutschen Memorandums irgend ein anderer Standpunkt vertreten werden kann. Der Wortlaut der deutschen Antwort dürfte genügend sein, den Grafen Westarp über die Irrigkeit des in bezug auf den Charakter des ersten deutschen Memorandums von ihm vertretenen Standpunktes aufzuklären. Sobald der Auswärtige Ausschuß zusammengekommen ist, wird eine Gelegenheit gegeben werden, zu der geplanten Note Stellung zu nehmen. Der wichtigste Satz der „Deutschen diplomatischen Korrespondenz" lautet wörtlich: „Die Ausführungen des Grafen Westarp, die innerpolitisch der von ihm vertretenen Sache seiner Partei schwerlich etwas nützen können, sind aber geeignet, die außenpolitische Klärung, die er mit seinem Artikel anstrebt, ernstlich zu beeinträchtigen."

Das bedeutet in der Tat eine neue Kampfansage gegen die Deutschnationalen mindestens von seiten des deutschen Außenministers. Der Streit ist nun erneut entfacht. Es fragt sich nun, ob die Deutsche Volkspartei bezw. die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei diesmal ihren Parteichef durch dick und dünn unterstützen wird. Wenn noch ein Beweis für die Notwendigkeit einer außenpolitischen Klärung notwendig gewesen wäre, so wäre er mit diesem neuen Vorstoß des Grafen Westarp in genügendem Maße gegeben. Man wird sich allerdings noch bis zum Dienstag, dem Termin der Aussprache im Auswärtigen Ausschuß, gedulden müssen, bis man ersehen kann, wie die Dinge laufen werden. Jedenfalls ist die Meinung nicht von der Hand zu weisen, daß der Konflikt zwischen Dr. Stresemann und den Deutschnationalen sich in einem Maße verschärft hat, daß in der Tat mit den verschiedensten Möglichketten gerechnet werden muß. Vor allem erscheint es uns sehr notwendig, daß die Deutschnationalen endlich vor die Alternative gestellt werden. So wie jetzt kann es unter keinen Umständen weitergehen; das Moment der Unsicherheit innerhalb des Reichskabinetts ist zu groß, als daß die Reichspolitik noch länger darunter Schaden leiden könnte. Es ist deshalb auch gar nicht zu verwundern, daß nunmehr auch bezüglich der parlamentarischen Erledigung der innerpolitischen Vorlagen, insbesondere der Zollvorlage, gewisse Zweifel auftauchen. Für das Zentrum ergibt sich aus allem, auf jeden Fall auf dem Posten zu sein. Seine Wachsamkeit war noch nie notwendiger, als gerade in diesem Augenblick, der im übrigen günstig ist für die Erreichung des Zieles, die Deutschnationalen endgültig vor die Entscheidung gestellt zu sehen.

wortung für dieses Kompromiß müssen die hinter der Regierung stehenden Parteien übernehmen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch. V.) spricht sich für die generelle Aufwertung unter Ablehnung der individuellen aus, die er als praktisch undurchführbar bezeichnet. Der Redner stimmt im übrigen dem Kompromiß zu.

Abg. Emminger (Bayr. Vpt.) weist darauf hin, daß die Hauszinssteuer bei den Aufwertungsberatungen ein erhebliches Hindernis bietet. Dem Kompromiß schließt sich der Redner an.

Abg. Dr. Best (Völk.) wendet sich mit aller Schärfe gegen die Emmingersche dritte Steuernotverordnung, die in einem Rechtstaat unmöglich sein solle. Unter dem Rechtschutz Dr. Luthers habe mancher sich nicht gescheut, seinen Gläubiger an den Bettelstab zu bringen und selbst in Saus und Braus zu leben. Der Redner erklärt, es sei eine Lüge, wenn erklärt wurde, er habe als Oberlandesgerichtspräsident in Darmstadt mit 100 Prozent aufwerten wollen. Er habe nur einen billigen Ausgleich gesucht. Wo das Großkapital Gläubiger sei, da wolle es aufwerten, aber nicht da, wo es Schuldner sei. Da erkläre es alle Forderungen für vogelfrei. Der Redner richtet außerordentlich scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung, die bei den Regierungsparteien lebhafte Erregung hervorrufen. Er erklärt: Der Vernichter des Deutschen Rechtes sitze auf dem Stuhle des Gründers des Deutschen Reiches. Er sei ein Sachwalter des Großkapitals. Für einen leitenden Staatsmann eines großen Reiches gehöre sich mehr Gefühl und Moral. (Lebhafte Unruhe rechts.) (Abg. Becker (D. V. P.) ruft: Sie sind der Hüter des Rechts.) Es sei ein ungeheurer Rechtsbruch begangen worden. Die Regierungsparteien seien dafür mit verantwortlich. (Große Unruhe bei den Regierungsparteien.)

Die Debatte dauert noch an. Zum Wort gemeldet sind noch die Abgg. Steiniger (Dn.) und Sollmann (Soz.) Dann wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Die Einzelberatung beginnt am Samstag um 1 Uhr nachmittags.

Neue Kredite für Marokko.

Painlevé über die Lage.

tu. **Paris,** 10. Juli. (Tel.) Die französische Kammer verhandelte gestern nachmittag und abend über einen Kredit für Marokko in Höhe von 183 Millionen Franken. Die Abgeordneten waren zahlreich vertreten. Zu Beginn der Sitzung wandte sich der Kommunist Cachin gegen die Kolonialkriege Frankreichs. Die Arbeiter seien gegen den Krieg in Marokko und würden für die Unabhängigkeit des Rifgebietes eintreten. Sie seien bereit, einen Streik zu organisieren. Zahlreiche Sozialisten würden sich an diesem Streik beteiligen. Die Kommunisten wollten nach Marokko eine Kontrollkommission entsenden, die aus Arbeitern und Bauern zusammengesetzt werden soll. Zum Schlusse seiner Rede kündigte Cachin an, daß seine Partei die kommunistische Propaganda in Marokko verdoppeln werde. Abg. Fabry von der Opposition erklärte, Frankreich sei angegriffen worden und es müsse sich also verteidigen. Abg. Faure (Komm.) erklärte, daß die Operationen in Marokko ohne irgendwelche Kriegserklärung begonnen hätten und ohne daß das Land davon unterrichtet gewesen sei. Genau wie 1914 sei auch heute das Schicksal des Landes in die Hände von einigen Mächten gelegt, die den Krieg entfesselt haben. Abg. Faronne wandte dagegen ein, daß der Krieg durch die deutsche Kriegserklärung vom 3. August 1914 entfacht worden sei, worauf Abg. Faure antwortete, daß heute bereits eine andere Version über die Ursachen des Krieges bestehe. Ministerpräsident Painlevé protestierte dagegen lebhaft im Namen Frankreichs, das soviel gelitten habe. Abg. Cluzel erklärte, die jetzt geforderten 183 Millionen Zusatzkredite, sowie die 380 Millionen, die bereits für die Unterhaltung der Marokkotruppen in diesem Jahre gewährt worden seien, würden nicht genügen, um die militärischen Unkosten für 5 Monate zu bezahlen. Unter großem Beifall fordert der Redner den Rücktritt des Generals Lyautey. Darauf wurde die Sitzung um 7 Uhr unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 9.15 Uhr ergriff Abg. Brunet das Wort und erklärte, es bestehe kein Grund, der Regierung bei der Beratung der Kredite das Vertrauen zu entziehen. Unter diesen Umständen werde Abd el Krim niemals die Waffen niederlegen. Abg. Cardace glaubt, daß Frankreich in Marokko nur die Stämme verteidigt, die unter seinem Protektorat ständen, nicht aber nur imperialistischen Ideen nachgehe. Wenn Frankreich seine Mission in Marokko aufgebe, werde die französische Politik in Algier gefährdet.

Painlevé führte in seiner Rede aus: Der Angriff Abd el Krims hat sich auf einem Gebiet vollzogen, das Frankreich regelrecht zugesprochen worden ist. Man hat es mit einem Massenangriff der Rifleute zu tun. Die Regierung hat nichts vernachlässigt, um den guten Verlauf des Kampfes sicherzustellen. General Naulin, dessen Ernennung kritisiert worden sei, sei ein junger, aber erfahrener Führer. Schließlich sprach Painlevé von der Zukunft der marokkanischen Angelegenheiten. Er sagte hierüber: Wir haben mit Spanien in voller Herzlichkeit verhandelt. Frankreich will einen gerechten und dauerhaften Frieden ohne eine Absicht auf Beherrschung und Eroberung. Wir wollen nur Ordnung schaffen und werden die Traditionen der Bevölkerung respektieren. Die Friedensbedingungen können wir nicht veröffentlichen, da wir dadurch spätere Verhandlungen schädigen würden. Wenn Abd el Krim die französisch-spanischen Friedensbedingungen zurückweist, wird die Welt die wahren Absichten des Rifführers erfahren.

Kurz nach 1 Uhr nachts wurden die Kredite mit 411 gegen 29 Stimmen angenommen.

Die spanisch-französischen Friedensvorschläge.

tu. **Paris,** 10. Juli. Nach Mitteilung aus zuverlässiger Quelle sind Abd el Krim noch keine Friedensvorschläge überreicht worden. (Eine andere Pariser Meldung will wissen, daß auf Grund des gestern abgeschlossenen Madrider Abkommens sich bereits spanische und französische Friedensunterhändler in Abd el Krims Hauptquartier begeben haben, um die Verhandlungen zu eröffnen. D. Red.) Es verlautet, daß in den Friedensvorschlägen das Tal und die Ebene des Uerghaflusses von Abd el Krim zurückverlangt würden, so daß also Abd el Krim sich hinter eine Demarkationslinie zurückziehen müsse. Dagegen sollen den Rifleuten Zugeständnisse auf die Lebensmittelversorgung aus dieser Gegend gemacht werden. Die Verhandlungen sollen erst nach der Ankunft Naulins in Marokko beginnen, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse schnellere Einleitung von Verhandlungen notwendig erscheinen lassen.

tu. **Berlin,** 10. Juli. (Tel.) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Paris: Nach einer Tempsmeldung aus Madrid hat die spanische Regierung beschlossen, die durch Vermittlung Echevarietas eingeleiteten Verhandlungen mit Abd el Krim als beendet zu betrachten und diesen Beschluß dem Hauptquartier in Algier mitgeteilt. Primo de Rivera hat aber Echevarietas ersucht, sich zur Disposition der Regierung zu halten, weil er einen französischen und einen spanischen Unterhändler zu Abd el Krim begleiten soll. Die neuen Verhandlungen werden auf der in Madrid von den beiden Regierungen vereinbarten Grundlage geführt.

Der Moskauer Prozeß im deutschen Licht.

Ein Fehlurteil.

w. **Berlin,** 10. Juli. (Drahtb.) Nachdem die Berichterstattung der deutschen Botschaft in Moskau nunmehr den amtlichen Stellen vorliegt und Rechtsanwalt Dr. Freund von ihnen gehört wurde, ergibt sich über den Moskauer Studentenprozeß das folgende Bild:

Die Hauptbeschwerdepunkte, zu denen der Verlauf und das Ergebnis des Prozesses Veranlassung geben, liegen vor allem darin: 1. Bis zur Erhebung der Anklage sind alle Bemühungen der deutschen Botschaft in Moskau, eine persönliche Besprechung mit den Angeklagten herbeizuführen, an dem Widerstand der Untersuchungsbehörden gescheitert; 2. Zwischen der Zustellung der Anklageschrift (19. Juni abends) und dem Termin der Hauptverhandlung (24. Juni abends) hat eine Frist von nur vier Tagen gelegen, eine Tatsache, die den Verdacht der Sabotierung der Herbeischaffung von Beweismaterial nahe legt; 3. In dem Umstand, daß die Bemühungen der deutschen Botschaft um Zulassung eines deutschen Anwaltes als Verteidiger abgeschnitten wurden; 4. In der öffentlichen Unglaubwürdigkeit der beiden Kronzeugen Baumann und von Ditmar und des sog. Sachverständigen Neumann.

Mögen auch manche erwähnte prozessuale Beeinträchtigungen im sowjetrussischen Strafprozeßrecht ihren Rückhalt finden, so bleibt doch der Eindruck bestehen, daß man es auf Seiten des Gerichtshofes an dem für das Gerechtigkeitsgefühl notwendigen Bestreben hat fehlen lassen, den Angeklagten die Beibringung von Entlastungsmaterial zu ermöglichen. Es mag zugegeben werden, daß das Gericht das von der Botschaft herbeigeschaffte Material insofern berücksichtigt hat, als bei der Begründung des Urteils vom ehemaligen Reichskanzler Michaelis und vom Studentenwerk und deren angeblichen Beziehungen zur Organisation Consul nicht die Rede gewesen ist. Auch die Beziehungen zum Polizeipräsidium Berlin sind nur insoweit berührt worden, als das Gericht für erwiesen erachtete, daß Kindermann ihm seine Dienste anbot und von ihm Unterstützung zur Fortführung seiner Studien erfahren habe, so daß also in diesen Punkten das Gericht den Verdächtigungen der Anklage nicht gefolgt ist. Damit fehlt dem Urteil aber die kausale Geschlossenheit der Anklageschrift, die bekanntlich davon ausging, daß das Studentenwerk, dem die Angeklagten angehörten, ein Teil der Organisation Consul sei. Damit entfallen logischerweise auch alle an diese Voraussetzungen geknüpften Schlußfolgerungen. Es kommt hinzu, daß die Angaben der Kronzeugen, nach denen das Gericht die terroristischen Absichten der Angeklagten für erwiesen erachtete, nach keiner Richtung als Stütze des Urteils dienen können. Wenn der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes nach einer Meldung der „Roten Fahne" angibt, daß gewisses Entlastungsmaterial, das der Sowjetregierung zugeleitet wurde, erst nach dem Verhandlungsschluß dem Gerichtshof vorgelegt worden sei, so liegt dies an der bereits gerügten Kürze der Fristen zwischen der Zustellung der Anklageschrift und dem Verhandlungstermin. Selbst bei Würdigung der in Moskau herrschenden psychologischen Atmosphäre, sowie des von dem Verhandlungsleiter in der „Pravda" zugegebenen Klassenkampfcharakters der sowjetrussischen Justiz, und wenn auch die Angeklagten sich gewisser Vergehen schuldig gemacht haben und das ihnen zur Last gelegte Material nicht völlig zu entkräften vermochten, ist das Urteil doch als ausgesprochenes Fehlurteil zu betrachten. Die deutsche Regierung wird daher unter Hinweis auf die ernste Belastungsprobe, die die deutsch-russischen Beziehungen durch das Vorgehen der Sowjetbehörden erleiden, die Verhandlungen, die bereits schriftlich und mündlich in Berlin und Moskau mit der Sowjetregierung im Gange sind, in dem Sinne weiter betreiben, daß die Vollstreckung des Fehlurteils unterbleibt.

tu. **Madrid,** 10. Juli. (Tel.) Die spanisch-französische Marokko-Konferenz wird noch eine Woche dauern, um einige Punkte von untergeordneter Bedeutung zu erledigen. Malvy wurde gestern abend vom König empfangen. Anschließend hatte er eine längere Unterredung mit Primo des Rivera.

Die englische Tangernote an Spanien.

w. **London,** 10. Juli. (Tel.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Chronicle" zufolge ist die Antwort Großbritanniens auf das Ersuchen der spanischen Regierung auf Verstärkung der internationalen Polizei in Tanger durch britische Truppen abgesandt worden. Es verlautet, daß in der britischen Antwort dargelegt werde, die britische Regierung sei nicht der Ansicht, daß britische Interessen im gegenwärtigen Augenblick auf dem Spiel ständen und es werde darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf das internationale Statut Tangers jede Verstärkung der dortigen Streitkräfte Reibungen in Marokko herbeiführen könnten. Zugleich sei Großbritannien bereit, bei der Durchführung der Bestimmungen der Tangerkonvention, die noch nicht in Wirksamkeit getreten sei, mitzuwirken.

Die Abberufung des Apostolischen Nuntius aus Prag.

✠ **Rom,** 10. Juli. In hochoffiziöser Form gibt der „Osservatore Romano" die Abberufung des Apostolischen Nunzius in der Tschechoslowakei, Monsignore Marmaggi, bekannt. Das Kurialblatt sagt, daß er Heilige Stuhl in Verfolg der Tatsache, daß der Präsident der Tschechoslowakischen Republik, Masaryk, das Patronat und der Ministerpräsident Strehla den Ehrenvorsitz bei dem am 6. Juli in Prag mit besonderer Feierlichkeit begangenen Fest des Johannes Hus übernommen bezw. angenommen haben, dem Nunzius Marmaggi den Auftrag erteilt habe, formellen Protest zu erheben und Prag unverzüglich zu verlassen. Der Nunzius habe am Abend des 6. Juli Prag verlassen und sei auf direktem Wege in Rom eingetroffen.

✕ **Prag,** 10. Juli. Die sozialistischen Parteien fordern den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan und die sofortige Einbringung einer Gesetzesvorlage betreffend die Trennung von Staat und Kirche. Diese Forderungen enthält auch eine von den deutschen Sozialisten im Abgeordnetenhause eingebrachte dringliche Interpellation, über deren Behandlung sich die tschechischen Koalitionsparteien noch nicht einig sind. Auch die tschechischen sozialistischen Parteien bereiten eine ähnliche Interpellation vor, während die oppositionellen Slowaken mit den deutschen Christlichsozialen in einer dringlichen Interpellation gegen die Aushängung der Hußfahne auf dem Wohnsitz des Präsidenten der Republik mit Rücksicht darauf protestieren werden, daß 80 Prozent der Bevölkerung römisch-katholisch sind.

Die Vorsorge für den Krieg.

Ein Gesetzentwurf Painlevés.

✕ **Paris,** 10. Juli. Der Ministerpräsident und Kriegsminister Painlevé hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht zur „allgemeinen Organisation der Nation für Kriegszeiten". Er soll Vorbereitungen und Vorkehrungen schon in Friedenszeiten treffen, um im Kriegsfall „alle lebendigen Kräfte des Landes" sofort mobilisieren zu können. In der amtlichen Mitteilung über den Gesetzentwurf heißt es u. a.:

Die Erfahrung von 1914 hat deutlich gezeigt, daß in dem „Gesamtkrieg", den ein moderner Konflikt darstellt, die ganze Nation in Mitleidenschaft gezogen wird, und daß die Mobilisierung der industriellen, wirtschaftlichen und finanziellen Machtmittel, die zweckmäßige Nutzbarmachung der Hilfsquellen aller Art nicht weniger wichtig sind als die Mobilisierung der militärischen Streitkräfte. Der vorliegende Gesetzentwurf steht eine methodische Organisation dessen vor, was in den Jahren 1914 bis 1918 improvisiert werden mußte. Vorgesehen sind in dem Entwurf:

1. die zweckmäßigste Bereitstellung aller Einzelpersonen, sowie aller gemeinschaftlichen Verbände für die Landesverteidigung;

2. das Recht zur Requisition nicht nur aller materiellen, sondern auch geistigen und wirtschaftlichen Hilfsmittel des Landes;

3. die methodische Organisation der öffentlichen Gewalten in Kriegszeiten und die bereits im Frieden vorzunehmende Vorbereitung der Mobilisierung in jedem Ministerium und in jedem Bezirk;

4. Sondermaßnahmen für die zweckmäßigste Nutzbarmachung der Handarbeit und der Rohstoffe; die Vorbereitung der Kriegsindustrie und der Transporte aller Art.

Der Gesetzentwurf bildet auf diese Weise einen der bestimmenden Bestandteile am Werk zur Neuorganisierung der Landesverteidigung, die bei gleichzeitiger Abkürzung der militärischen Dienstzeit die Sicherheit des Landes auf eine feste Grundlage stellen wird.

Von Nah und Fern.

Das Urteil von Hamburg.

✠ **München,** 10. Juli. (Tel.) Der „Bayerische Kurier" wendet sich aufs schärfste gegen die Hamburger Freisprechung des völkischen Schriftstellers, der den Münchener Kardinal v. Faulhaber einen Verräter an der nationalen Sache genannt hatte. Es sei ganz unglaublich, daß von einem deutschen Gericht ein derartiges Urteil habe ergehen können. Dieses Urteil müsse ein Nachspiel haben, denn es sei eine Herausforderung der deutschen Katholiken, die nicht müßig zusehen dürften, wie ein katholischer deutscher Kirchenfürst im neuen deutschen Reiche grundlos beschimpft werden könne, ohne daß ein deutsches Gericht seine Ehre zu schützen wisse. Auch die „Münchener Neuesten Nachrichten" bezeichnen das Hamburger Urteil als ungeheuerlich.

Der Herausgeber des „Hamburger Fremdenblattes" gestorben.

tu. **Königsberg,** 10. Juli. (Tel.) Albert Broschek, der Herausgeber des „Hamburger Fremdenblattes", ist hier während der Vorstandsberatung des Vereins deutscher Zeitungsverleger, die der Hauptversammlung voranging, im 69. Lebensjahre gestorben.

Ein amerikanischer Affen-Prozeß.

tu. **Newyork** 10. Juli. (Tel.) Heute hat in Dayton (Staat Tennessy) der von der Oeffentlichkeit mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Fachschullehrer Scope begonnen, der durch Verbreitung der Darwinschen Abstammungstheorie gegen die Religionsgesetze verstoßen hatte.

Bei der Eröffnung des Affenprozesses waren sämtliche führende Prozeßteilnehmer anwesend. Hunderte von Reportern bestürmten den Anklagevertreter, den bekannten Politiker Bryan, mit Fragen als er den Gerichtssaal betrat. Bryan erwiderte: „Es kann mir nicht zweifelhaft sein, wohin die Entscheidung des Gerichtes und des Volkes bei der Frage „Gorilla oder Gott" fällt." Die Antievolutionisten errichteten in Dayton ein großes Hauptquartier; gegenüber dem Gerichtshofe hat die christliche Frauenvereinigung ein ganzes Haus bezogen, aus dem dauernd Choräle ertönen. Die Kinos zeigen das Leben Christi im Film nach Art der Oberammergauer Vorstellungen. Ganz Amerika verfolgt mit Spannung den Prozeß, der ganze Seiten der Zeitungen einnimmt.

Die letzten Meldungen.

Das Reichsschulgesetz.

✠ **Berlin,** 10. Juli. (Tel.) Wie die Morgenblätter erfahren, hat der Reichsminister des Innern den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen (sogen. Reichsschulgesetz) dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vorgelegt.

Keine Erhöhung der Beiträge zur Angestelltenversicherung.

Berlin, 10. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages lehnte heute die Anträge auf Heraufsetzung der Beiträge zur Angestelltenversicherung ab und billigte die Regierungsvorlage. Es wurde beschlossen, Monatsgehälter bis zu 50 Mark beitragsfrei zu lassen.

Der Agrarausschuß des Reichstages.

tu. **Berlin,** 10. Juli. (Tel.) Der Agrarausschuß des Reichstages behandelte heute die Frage der gleitenden Zölle, über die der Präsident des Statistischen Reichsamtes, Dr. Wagemann, berichtete. Er hob hervor, daß der starke Rückgang der Einfuhr von Futtermitteln und auf der anderen Seite die ins Unermeßliche gesteigerte Einfuhr landwirtschaftlicher Kleinfabrikate, Fertigfabrikate, sowie Fleisch, und Gefrierfleisch, bedenklich sei.

Mark- und Frankenschlußnotierungen.

h. **Newyork,** 10. Juli. (Funkspruch.) Schlußkurs der Mark 23,80. 100 Franken gleich 4,68½ Dollar.

Baumwollnotierungen.

h. **Bremen,** 10. Juli. (Eig. Drahtb.) Schlußnotierungen: Sept. 25,68—78; Okt. 25,60—70; Dez. 25,57—61; Jan. 25,39—45; März 25,47—52; Mai 25,63—70.

h. **Liverpool,** 10. Juli. (Funkspruch.) Umsatz 4000, Imp. 3700, f. d. Exp. 3000. Schlußnotierungen: Loco 13,67; Juli 13,12; Aug. 12,95; Sept. 12,78; Okt. 12,68; Nov. 12,54; Dez. 12,55; Jan. 12,55; Febr. 12,54; März 12,58; April 12,57; Mai 12,61; Juni 12,57.

h. **Newyork,** 10. Juli. (Funkspruch.) Stetig. Schlußnotier.: Loco 24,30; Juli 23,55—55; Aug. 23,70—70; Sept. 23,75—75; Okt. 23,78—80; Dez. 23,90—93; Jan. 23,81—83; März 23,61—61; April 23,74—74; Mai 23,87—88; Zufuhren: Atlantik 4000, Inland 1000, Golf 2000.

Getreidenotierungen.

h. **Chicago,** 10. Juli. (Funkspruch.) Schlußnotierungen: Weizen: Juli 146,5, Sept. 142,125, Dez. 143,5, flau; Mais: Juli 102,25, Sept. 105, Dez. 87,125, stetig; Hafer: Juli 45,5, Sept. 45,865, Dez. 47,865, kaum stetig; Roggen: Juli 95,5, Sept. 97,5, Dez. 99,75, willig.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 11. Juli 1925.

ö. **Heute Abend „Wäwedamp"-Aufführung.** Als Auftakt zu den Veranstaltungen des Bocholter Heimattages findet heute Abend 7,30 Uhr im Schützenhaussaale eine Aufführung des Volksspiels „Wäwedamp", von Johannes Ostendorf statt. Es sei an dieser Stelle nochmals betont, daß die Aufführung nicht wiederholt werden wird. Wer daher die früheren Aufführungen nicht gesehen hat oder sich noch einmal in den Geist des Stückes versenken möchte, das ihm von dem Schicksal seiner Vorfahren Kunde gibt, der möge zu der Vorstellung des heutigen Abends erscheinen.

n. **Gardeverein.** Auch an dieser Stelle wird noch auf die am morgigen Sonntag, Abends 8,30 Uhr, stattfindende wichtige Mitgliederversammlung hingewiesen.

m. **Dekanats-Cäcilienfest.** Am Sonntag den 19. Juli findet in Borken das diesjährige Dekanats-Cäcilienfest statt. Alljährlich pflegen sich die Cäcilienvereine dekanatsweise zu gemeinsamen Festen zu versammeln. Diese Tagungen tragen im allgemeinen den Charakter eines edlen, neidlosen Wettstreites. Ihre Aufgabe ist, bei Sängern neuen Eifer und frische Begeisterung zu entfachen und bei der katholischen Bevölkerung das Interesse für die kirchliche Tonkunst zu wecken. Erfreulicher Weise kann gesagt werden, daß die Cäcilienfeste von dem albernen Humbug der Preissingerei, wie sie bei allzu vielen Gesangvereinen sich ausgebildet hat, sich vollständig freigehalten haben. Eine fachmännische Kritik scheuen die Kirchenchöre keineswegs. Unsere Chöre haben ein reiches geschichtliches Erbe zu wahren. Da ist vor allem die erstgeborene Tonsprache unser. hl. Kirche zu nennen, der gregorianische Choral. Er wird in unserem Vaterlande gesungen seit den Zeiten, da die Glaubensboten das hl. Evangelium unter unseren Vorfahren verkündeten. Schon die ältesten Geschichtsbücher wissen zu berichten von deutschen Kirchensängern. So heißt es einmal von den Berufssängern des vorchristlichen germanischen Altertums, den Barden, deren viele sich der jungen christlichen Lehre zuwandten: „Sie hingen nun ihre Harfen am Kreuze auf und sangen so schön, daß die Engel Gottes sich über den Himmelsrand neigten, um ihnen zuzuhören". Die Kirchensänger Karls des Großen traten bereits in selbstbewußten Wettbewerb mit den römischen Kirchensängern. Unter den musikkundigen deutschen Benediktinermönchen erlebte der Choralgesang vom 8. bis zum 12. Jahrhundert eine hohe Blütezeit. Nicht nur wurden die deutschen Sängerschulen dieser Zeit weitberühmt, auch neue Choralgesänge entstanden in den deutschen Klöstern und breiteten sich bald über die ganze Kirche aus. Wenn man demnach mit Berechtigung von einer deutschen Tradition des Choralgesanges reden kann, so ist das künstlerische Erbe unserer Kirchenchöre hinsichtlich der mehrstimmigen Kirchenmusik nicht minder groß. Zwar knüpft sich der Ruhm, Schöpfer der bis jetzt unerreicht gebliebenen mehrstimmigen Kichenmusik zu sein, an den Namen des Römers Palestrina. Jedoch wir Deutsche haben das Verdienst, in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Kirchenmusik vor dem Verfall bewahrt und seichte Auswüchse beseitigt zu haben und eine reine, vom Zeitgeiste ungetrübte Kunst in unsere Zeit herüber gerettet zu haben. Es seien genannt Procke, Witt, Schmidt, Haller, Mitterer, Namen die unvergessen bleiben werden für alle Zeiten. Und nachdem Papst Pius X. der zeitgenössischen kirchlichen Tonkunst durch sein Motuproprio vom 22. November 1903 die Tore geöffnet, ist es wieder der Deutsche Anton Bruckner, der als Palestrina der Neuzeit zum musikalischen „Neutöner" ward, dem in der ganzen Kirche in der „musica sacra" niemand an Bedeutung gleichgestellt werden kann. Mag nun auch in erster Linie der Cäcilienverein seine Hauptaufgabe in der Schaffung einer kunstvollen, würdigen Kirchenmusik erblicken, so findet doch auch das deutsche Volkslied bei ihm nicht minder liebevolle Pflege. Das fünfte Bezirks-Cäcilienfest soll zeigen, daß auch unsere Chöre sich ihrer kulturellen Bedeutung bewußt, und auch seit dem letzten Fest im vergangenen Jahre in Wesele keine schlafenden Wächter gewesen sind.

a. **Ernennung eines Handelsrichters.** Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort teilt uns folgendes mit: Durch Erlaß des Herrn Justizministers vom 22. Juni 1925 — I a 313, 9 h — ist der Kaufmann Gottfried Sträßer, Geschäftsführer der Firma Georg von Cölln-Sträßer, G. m. b. H., Großhandlung in Eisen-, Stahl- und Metallwaren, in Duisburg für die Zeit vom 1. Juli 1925 bis dahin 1928 als Handelsrichter bei dem Landgericht in Duisburg benannt worden.

ö. **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde in einem Lebensmittelgeschäft an der Franzstraße eingebrochen. Durch Eindrücken einer Scheibe verschaffte sich der Dieb Einlaß. Es fielen ihm Wurstwaren in die Hände.

* * *

g. **Rhede,** 10. Juli. **Richtigstellung des Prämienergebnisses der Kreistierschau.** Eine nachträglich erfolgte Befragung der Preisrichter hat ergeben, daß, wie auch an dies. Stelle ursprünglich gemeldet, die Stute des Herrn Th. Schlütter, Herzebocholt den 1., die des Herrn B. Bauhaus, Hemden, den 2. Preis in der Siegerklasse erhalten hat.

* **Heiden,** 10. Juli. **Unfall.** Am Sonntag Nachmittag vergnügten sich verschiedene Jungen damit, mit einer aufgefundenen Sprengkapsel zu hantieren. Der 13jährige Schüler B. nahm die Sprengkapsel und versuchte den Inhalt der Kapsel, in der Annahme, er sei Watte, mit einem scharfen Gegenstand zu entfernen. Hierbei kam die Sprengkapsel zur Explosion. B. verletzte sich hierbei die Hand schwer. Ein Daumen wurde ihm hierbei ganz abgerissen. Vor Schmerz rannte er auf dem Marktplatz hin und her, bis durch das Geschrei des Jungen Erwachsene aufmerksam wurden und dafür Sorge trugen, daß B. dem hiesigen Krankenhause zugeführt wurde. Ein in unmittelbarer Nähe stehender Knabe kam mit dem Schrecken davon, während ein weiterer, der sich einige Schritte entfernt aufgehalten hatte, Verletzungen leichterer Art am Arm und im Gesicht davontrug. Dieses Vorkommnis sei eine ernste Warnung für die Jugend, welche aufgefundene Patronen und sonstige metallene Gegenstände an Erwachsene oder an Eltern und an die Lehrerschaft abzugeben haben, um derartige Unglücksfälle zu vermeiden.

Aus dem Kreise Rees.

a. **Erwerbslosenbewegung beim Arbeitsamt Wesel im Monat Juni 1925.** Am 31. Mai waren 346 unterstützte und 45 nicht unterstützte Erwerbslose, davon 386 männliche und 5 weibliche mit insgesamt 632 Zuschlagsempfängern in der Erwerbslosenfürsorge vorhanden. Die Zahl der nicht unterstützten Erwerbslosen und Jugendlichen hat sich im Berichtsmonat auf 117 erhöht; von den nicht unterstützten konnten 12 in Arbeit vermittelt werden. Am 30. Juni 1925 waren an unterstützten Erwerbslosen 261 männliche und zwei weibliche mit insgesamt 464 Zuschlagsempfängern gemeldet, ferner befinden sich in der Zahl 13 Notstandsarbeiter. 25 Erwerbslose mußten infolge Fristablauf aus der Erwerbslosenfürsorge ausscheiden und werden vom Wohlfahrtsamt weiter betreut. Von den Erwerbslosen entfallen auf die Gemeinde Wesel 275 männl. und 9 weibl. Personen, Isselburg 32 männl. Personen, Millingen 6 männl Personen, Rees 47 männl und 2 weibl. Personen, Haldern 6 männl. Personen, Obrighoven 3 männl. Personen. Die Zahl der Erwerbslosen nahm somit im Monat Juni um 11 Personen ab. Neuanträge auf Erwerbslosenunterstützung sind im Berichtsmonat 173 gestellt worden. In Arbeitsangelegenheiten usw. sind 965 Personen beim Arbeitsamt vorstellig geworden. 7 Schulentlassene konnten in Lehrstellen untergebracht werden. 197 Personen konnten in Arbeit vermittelt werden, davon 40 in Verbau und Hüttenbetriebe, 21 in die Metallverarbeitungsindustrie, 8 ins Baugewerbe, 9 ins Verkehrsgewerbe, 90 in Lohnarbwit wechselnder Art. Die übrigen wurden in andere einschlägige Berufe vermittelt. Die Arbeitsmarktlage für kaufmännische und Büroangestellte ist noch immer als äußerst ungünstig zu bezeichnen. Bei den Keramischen Werken sind am 29. Juni 1925 die Gießer in den Streik getreten, dadurch ist auch ein Teil der in anderen Abteilungen beschäftigten Arbeiter erwerbslos geworden. Von dieser Maßnahme sind insgesamt 118 Personen betroffen.

ö. **Isselburg,** 10. Juli. **Musik in der Stadt.** Am Donnerstag machte eine Schiffskapelle aus Emmerich unserer Stadt einen Besuch. Während sie auf dem Marktplatz spielte, stellte sich eine stattliche Zuschauermenge ein, die den schönen Weisen lauschte.



Jetzt ist der Zeitpunkt da,

wo aus der Wohltat des hitzegewaltigen, mit Kohle beheizten Küchenherdes eine Plage wird und sich die Hausfrau nach der kühlen, reinlichen und praktischen Gasküche sehnt. Die Gasküche hat den Vorteil der steten Betriebsbereitschaft, der Sauberkeit und der Billigkeit. Die Hausfrau kann die Flamme sofort anzünden, löschen, vergrössern oder verkleinern, wie sie will, und es mit etwas Uebung leicht dahin bringen, erstaunlich wenig Gas zu verbrauchen. Beim Kohlenherd ist diese weitgehende Oekonomie ausgeschlossen, denn die Kohle, die einmal angezündet ist, brennt weiter, gleichgültig, ob Wärme gebraucht wird oder nicht, ja die Tätigkeit der Hausfrau besteht bei einmal entfachter Hochglut geradezu darin, die Speisen durch Hin- und Herschieben auf dem Herd, Zwischenlegen von Ringen usw. vor zu großer Hitze zu schützen, statt sie ihr auszusetzen. Aber ganz abgesehen von der Oekonomie werden die Speisen auf dem Gasherd schmackhafter und nahrhafter. Denn die Hausfrau kann durch das Kleinstellen der Flammen die Temperatur auf ganz gleicher, den Speisen zuträglichster Höhe halten, und durch diese „individuelle Behandlung" der Speisen behalten sie ihren Nährwert, ihre Bekömmlichkeit und als Hauptsache ihren natürlichen Wohlgeschmack. Schließlich ist die Reinigung des Kochgeschirres, wenn auf Gas gekocht wird, viel leichter. Auch fällt bei der Gasküche jeder Schmutz durch Kohle und Asche fort.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **J. C. Olympia.** Die Mitglieder werden nochmals auf die am kommenden Sonntag, Morgens 11 Uhr im Vereinslokal (Anschlag) stattfindende Jahres-Hauptversammlung aufmerksam gemacht. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. 10 Uhr Vorstandssitzung. (Siehe Inserat).

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kempkes-Bocholt.

Gottesdienst-Ordnung.

Sonntag, den 12. Juli 1925.

St. Georg. 5 Uhr hl. Messe für die Annaberg-Pilger. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Hochamt. 2 Uhr Christenlehre und Aloysiusandacht. 4 Uhr Sakramentsandacht. — In den Bauernschaften ist Christenlehre, n Hamden in Schule 2. Die Kommunionmädchen der Schule an der Herzogstraße haben am Sonntag gemeinschaftliche hl. Kommunion. Samstag 12 Uhr Vorbereitung. Die Jünglingssodalität und die Jugendvereine haben bei der 8-Uhr-Messe gemeinschaftliche hl. Kommunion.

Liebfrauen. 6,30, 7,15, 8,15 und 9 Uhr sind Lesemessen. 10 Uhr ist Hochamt. 2,30 Uhr ist Christenlehre und Aloysiusandacht. Auch in Stenern ist Christenlehre. Monatskommunion haben 7,15 Uhr die Jünglinge, 8 Uhr die Mädchen der Stadtschulen. Für diese ist am Samstag 11,45 Uhr Vorbereitung. —

St. Josef. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 2 Uhr Christenlehre und Aloysiusandacht. In den Bauerschaften ist Christenlehre. 7 Uhr Monatskommunion für die Jünglinge, 8 Uhr gemeinschaftliche hl. Kommunion der Bauerschaftskinder.

St. Klara. 7 Uhr hl. Messe. 6 Uhr Andacht.

Kapuzinerkloster. 6, 6,30, 7 Uhr hl. Messen. 8 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Andacht.

St. Agnes. (Hospital). 7 Uhr hl. Messe. 5,30 Uhr Andacht.

St. Agnes. (Gymnasium). 8,30 Uhr hl. Messe mit Predigt. 12 Uhr Andacht.

Spork. 7 Uhr Frühmesse und gemeinschaftliche hl. Kommunion der Sodalen, 9,30 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Christenlehre und Andacht, darnach Versammlung für die Sodalen.

Werth. 7 Uhr hl. Messe und gemeinschaftliche hl. Kommunion der Jungfrauen. 10 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Christenlehre und Andacht. Versammlung der Jungfrauen.

Suderwick. 7,30 Uhr hl. Messe mit gemeinschaftlicher hl. Kommunion der Jünglinge. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 3 Uhr Christenlehre und Andacht. — Nächsten Sonntag gemeinschaftliche hl. Kommunion der Jungfrauen.

Barlo. (3. aloysianischer Sonntag für die Jünglinge). 7 Uhr hl. Messe. 9 Uhr gemeinschaftliche hl. Kommunion der älteren Knaben. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 3 Uhr Christenlehre und Andacht.

Rhede. (4. aloysianischer Sonntag). 6 Uhr hl. Messe, 6,30 Uhr hl. Messe; gemeinschaftliche hl. Kommunion der Schulen zu Bardingholt und des Jugendvereins. 9 Uhr hl. Messe und Predigt. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Andacht zum hl. Aloysius.

Andachten im Laufe der Woche:

St. Georg. Donnerstag 8,30 Uhr Sakramentshochamt, abends 8,30 Uhr Sakramentsandacht.

St. Klara. Dienstag 6 Uhr Antoniusandacht

Evangelischer Gottesdienst.

Bocholt. 10 Uhr Gottesdienst, Kollekte für das evangel. theol. Studienhaus in Münster. 11,15 Uhr Kindergottesdienst. 12 Uhr Taufen. 3,30 Uhr Jungmädchenverein. Dienstag 8,30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8 Uhr Jugendbund. Samstag 6 Uhr Posaunenchor.

Anholt. 10 Uhr Gottesdienst, 11,10 Uhr Kindergottesdienst.

Exerzitien im St. Gudulakloster der Steyler Missionsschwestern in Rhede Bezirk Münster.

Für Lehrerinnen vom 25.—29. August und 1.—7. September.
Für Jungfrauen vom 13.—17. August, 9.—13. September und 17.—21. Oktober.
Für Frauen vom 17.—21. August und 8.—12. Oktober.
Für Frauen und Jungfrauen vom 7.—11. August.
Für Jungfrauen, die ledig bleiben wollen, v. 24.—28. August.
Für Haushälterinnen vom 14.—18. September.
Für Damen gebildeter Stände vom 22.—26. Oktober.
Für Mitglieder des 3. Ordens vom 30. September bis 4. Oktober.

Anmeldungen sind zu richten an das Exerzitienhaus der Steyler Missionsschwestern St. Gudula in Rhede, Bezirk Münster.

Bekanntmachung.

Die Hebeliste über die Verteilung der Landwirtschaftskammerbeiträge für das Rechnungsjahr 1925 liegt von Dienstag, den 14. Juli 1925 ab 14 Tage im Verwaltungsgebäude Ravardistraße 4, Zimmer Nr. 10 zur Einsicht der Beteiligten offen.

Bocholt, den 10. Juli 1925.

Der Oberbürgermeister.

Hebetermine

der Gemeindekasse der Aemter Dingden, Liedern-Werth, im Monat Juli 1925.

Es sind zu zahlen: Grundvermögen- und Hauszinssteuer.

Die Termine finden statt:
am Dienstag, 14. Juli 1925 (nur ein Tag) in Dingden. (Kösters);
am Mittwoch, 15. Juli, vorm. 9,30—11 Uhr in Spork. (Geuting).
am Mittwoch, 15. Juli, nachm. 2—4 Uhr in Suderwick. (Evgl. Schule);
am Donnerstag, 16. Juli, vorm. 9,30-12 Uhr in Werth und Herzebocholt. (Weck).
am Freitag, 17. Juli, vorm. 11—12 Uhr in Barlo. (Wissing).

In Barlo sind die Kirchensteuern 1925 mit einzuzahlen. Die übrigen Gemeinden zahlen in der Zeit vom 20.—22. Juli im Kassenlokale in Bocholt.

An Tagen auswärtiger Hebung und an allen Samstagen bleibt die Kasse geschlossen.

Bocholt, den 9. Juli 1925.

Scholtholt, Rentmeister.

Bekanntmachung.

Gemäß § 21 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 (G. S. S. 207) bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die Nutzung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke Werth zur Größe von ca. 125 ha auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem 15. August 1925 durch öffentlich meistbietende Verpachtung erfolgen soll.

Die in Aussicht genommenen Pachtbedingungen liegen vom 13. Juli 1925 ab zwei Wochen lang im Amtshause Liedern-Werth in Bocholt öffentlich aus. Verpachtungstermin ist auf Montag, den 10. August 1925, nachmittags 3 Uhr in dem Lokale des Wirtes Weck in Werth anberaumt. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der vorbezeichneten Auslegungsfrist Einspruch beim Kreisausschuß zu Borken erheben. Bis zum Ablaufe derselben Auslegungsfrist sind etwaige Anträge auf Vereinigung von Grundflächen mit Eigenjagdbezirken oder auf Ausschluß von Grundflächen aus dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke bei mir zu stellen. (§§ 7, 13 der Jagdordnung).

Werth, den 8. Juli 1925.

Der Jagdvorsteher: Lensing.

Wir haben noch mehrere

Baugrundstücke

an der vorderen Schwanenstr. abzugeben.

Westd. Industriegesellschaft m. b. H.

Bestellungen
auf Kunstdünger u. Futterartikel für Herbst u. Winter mögen jetzt gemacht werden.
Bäuerliche Bezugs- und Absatz-Genossenschaft, Mussum.

Ladenlokal
für Herrenartikel
in bester Lage: Nord-, Oster- oder Neustraße
gesucht.
Offerten unt. A.B. Mülheim Ruhr, Schließfach 31.

Heimarbeiterinnen
für Handarbeit gesucht.
Deutsche Stoffschuh- u. Schäftefabrik, G. m. b. H., Bocholt Ravardistrasse 48

wortung für dieses Kompromiß müssen die hinter der Regierung stehenden Parteien übernehmen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch. V.) spricht sich für die generelle Aufwertung unter Ablehnung der individuellen aus, die er als praktisch undurchführbar bezeichnet. Der Redner stimmt im übrigen dem Kompromiß zu.

Abg. Emminger (Bayr. Vpt.) weist darauf hin, daß die Hauszinssteuer bei den Aufwertungsberatungen ein erhebliches Hindernis bietet. Dem Kompromiß schließt sich der Redner an.

Abg. Dr. Best (Völk.) wendet sich mit aller Schärfe gegen die Emmingersche dritte Steuernotverordnung, die in einem Rechtstaat unmöglich sein solle. Unter dem Rechtschutz Dr. Luthers habe mancher sich nicht gescheut, seinen Gläubiger an den Bettelstab zu bringen und selbst in Saus und Braus zu leben. Der Redner erklärt, es sei eine Lüge, wenn erklärt wurde, er habe als Oberlandesgerichtspräsident in Darmstadt mit 100 Prozent aufwerten wollen. Er habe nur einen billigen Ausgleich gesucht. Wo das Großkapital Gläubiger sei, da wolle es aufwerten, aber nicht da, wo es Schuldner sei. Da erkläre es alle Forderungen für vogelfrei. Der Redner richtet außerordentlich scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung, die bei den Regierungsparteien lebhafte Erregung hervorrufen. Er erklärt: Der Vernichter des Deutschen Rechtes sitze auf dem Stuhle des Gründers des Deutschen Reiches. Er sei ein Sachwalter des Großkapitals. Für einen leitenden Staatsmann eines großen Reiches gehöre sich mehr Gefühl und Moral. (Lebhafte Unruhe rechts.) (Abg. Becker (D. V. P.) ruft: Sie sind der Hüter des Rechts.) Es sei ein ungeheurer Rechtsbruch begangen worden. Die Regierungsparteien seien dafür mit verantwortlich. (Große Unruhe bei den Regierungsparteien.)

Die Debatte dauert noch an. Zum Wort gemeldet sind noch die Abgg. Steiniger (Dn.) und Sollmann (Soz.) Dann wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Die Einzelberatung beginnt am Samstag um 1 Uhr nachmittags.

Neue Kredite für Marokko.

Painlevé über die Lage.

tu. **Paris,** 10. Juli. (Tel.) Die französische Kammer verhandelte gestern nachmittag und abend über einen Kredit für Marokko in Höhe von 183 Millionen Franken. Die Abgeordneten waren zahlreich vertreten. Zu Beginn der Sitzung wandte sich der Kommunist Cachin gegen die Kolonialkriege Frankreichs. Die Arbeiter seien gegen den Krieg in Marokko und würden für die Unabhängigkeit des Rifgebietes eintreten. Sie seien bereit, einen Streik zu organisieren. Zahlreiche Sozialisten würden sich an diesem Streik beteiligen. Die Kommunisten wollten nach Marokko eine Kontrollkommission entsenden, die aus Arbeitern und Bauern zusammengesetzt werden soll. Zum Schlusse seiner Rede kündigte Cachin an, daß seine Partei die kommunistische Propaganda in Marokko verdoppeln werde. Abg. Fabry von der Opposition erklärte, Frankreich sei angegriffen worden und es müsse sich also verteidigen. Abg. Faure (Komm.) erklärte, daß die Operationen in Marokko ohne irgendwelche Kriegserklärung begonnen hätten und ohne daß das Land davon unterrichtet gewesen sei. Genau wie 1914 sei auch heute das Schicksal des Landes in die Hände von einigen Mächten gelegt, die den Krieg entfesselt haben. Abg. Faronne wandte dagegen ein, daß der Krieg durch die deutsche Kriegserklärung vom 3. August 1914 entfacht worden sei, worauf Abg. Faure antwortete, daß heute bereits eine andere Version über die Ursachen des Krieges bestehe. Ministerpräsident Painlevé protestierte dagegen lebhaft im Namen Frankreichs, das soviel gelitten habe. Abg. Cluzel erklärte, die jetzt geforderten 183 Millionen Zusatzkredite, sowie die 380 Millionen, die bereits für die Unterhaltung der Marokkotruppen in diesem Jahre gewährt worden seien, würden nicht genügen, um die militärischen Unkosten für 5 Monate zu bezahlen. Unter großem Beifall fordert der Redner den Rücktritt des Generals Lyautey. Darauf wurde die Sitzung um 7 Uhr unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 9.15 Uhr ergriff Abg. Brunet das Wort und erklärte, es bestehe kein Grund, der Regierung bei der Beratung der Kredite das Vertrauen zu entziehen. Unter diesen Umständen werde Abd el Krim niemals die Waffen niederlegen. Abg. Cardace glaubt, daß Frankreich in Marokko nur die Stämme verteidigt, die unter seinem Protektorat ständen, nicht aber nur imperialistischen Ideen nachgehe. Wenn Frankreich seine Mission in Marokko aufgebe, werde die französische Politik in Algier gefährdet.

Painlevé führte in seiner Rede aus: Der Angriff Abd el Krims hat sich auf einem Gebiet vollzogen, das Frankreich regelrecht zugesprochen worden ist. Man hat es mit einem Massenangriff der Rifleute zu tun. Die Regierung hat nichts vernachlässigt, um den guten Verlauf des Kampfes sicherzustellen. General Naulin, dessen Ernennung kritisiert worden sei, sei ein junger, aber erfahrener Führer. Schließlich sprach Painlevé von der Zukunft der marokkanischen Angelegenheiten. Er sagte hierüber: Wir haben mit Spanien in voller Herzlichkeit verhandelt. Frankreich will einen gerechten und dauerhaften Frieden ohne eine Absicht auf Beherrschung und Eroberung. Wir wollen nur Ordnung schaffen und werden die Traditionen der Bevölkerung respektieren. Die Friedensbedingungen können wir nicht veröffentlichen, da wir dadurch spätere Verhandlungen schädigen würden. Wenn Abd el Krim die französisch-spanischen Friedensbedingungen zurückweist, wird die Welt die wahren Absichten des Rifführers erfahren.

Kurz nach 1 Uhr nachts wurden die Kredite mit 411 gegen 29 Stimmen angenommen.

Die spanisch-französischen Friedensvorschläge.

tu. **Paris,** 10. Juli. Nach Mitteilung aus zuverlässiger Quelle sind Abd el Krim noch keine Friedensvorschläge überreicht worden. (Eine andere Pariser Meldung will wissen, daß auf Grund des gestern abgeschlossenen Madrider Abkommens sich bereits spanische und französische Friedensunterhändler in Abd el Krims Hauptquartier begeben haben, um die Verhandlungen zu eröffnen. D. Red.) Es verlautet, daß in den Friedensvorschlägen das Tal und die Ebene des Uergha-Flusses von Abd el Krim zurückverlangt würden, so daß also Abd el Krim sich hinter eine Demarkationslinie zurückziehen müsse. Dagegen sollen den Rifleuten Zugeständnisse auf die Lebensmittelversorgung aus dieser Gegend gemacht werden. Die Verhandlungen sollen erst nach der Ankunft Naulins in Marokko beginnen, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse schnellere Einleitung von Verhandlungen notwendig erscheinen lassen.

tu. **Berlin,** 10. Juli. (Tel.) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Paris: Nach einer Tempsmeldung aus Madrid hat die spanische Regierung beschlossen, die durch Vermittlung Echevarietas eingeleiteten Verhandlungen mit Abd el Krim als beendet zu betrachten und diesen Beschluß dem Hauptquartier in Algier mitgeteilt. Primo de Rivera hat aber Echevarietas ersucht, sich zur Disposition der Regierung zu halten, weil er einen französischen und einen spanischen Unterhändler zu Abd el Krim begleiten soll. Die neuen Verhandlungen werden auf der in Madrid von den beiden Regierungen vereinbarten Grundlage geführt.

Der Moskauer Prozeß im deutschen Licht.

Ein Fehlurteil.

w. **Berlin,** 10. Juli. (Drahtb.) Nachdem die Berichterstattung der deutschen Botschaft in Moskau nunmehr den amtlichen Stellen vorliegt und Rechtsanwalt Dr. Freund von ihnen gehört wurde, ergibt sich über den Moskauer Studentenprozeß das folgende Bild:

Die Hauptbeschwerdepunkte, zu denen der Verlauf und das Ergebnis des Prozesses Veranlassung geben, liegen vor allem darin: 1. Bis zur Erhebung der Anklage sind alle Bemühungen der deutschen Botschaft in Moskau, eine persönliche Besprechung mit den Angeklagten herbeizuführen, an dem Widerstand der Untersuchungsbehörden gescheitert; 2. Zwischen der Zustellung der Anklageschrift (19. Juni abends) und dem Termin der Hauptverhandlung (24. Juni abends) hat eine Frist von nur vier Tagen gelegen, eine Tatsache, die den Verdacht der Sabotierung der Herbeischaffung von Beweismaterial nahe legt; 3. In dem Umstand, daß die Bemühungen der deutschen Botschaft um Zulassung eines deutschen Anwaltes als Verteidiger abgeschnitten wurden; 4. In der öffentlichen Unglaubwürdigkeit der beiden Kronzeugen Baumann und von Dittmar und des sog. Sachverständigen Neumann.

Mögen auch manche erwähnte prozessuale Beeinträchtigungen im sowjetrussischen Strafprozeßrecht ihren Rückhalt finden, so bleibt doch der Eindruck bestehen, daß man es auf Seiten des Gerichtshofes an dem für das Gerechtigkeitsgefühl notwendigen Bestreben hat fehlen lassen, den Angeklagten die Beibringung von Entlastungsmaterial zu ermöglichen. Es mag zugegeben werden, daß das Gericht das von der Botschaft herbeigeschaffte Material insofern berücksichtigt hat, als bei der Begründung des Urteils vom ehemaligen Reichskanzler Michaelis und vom Studentenwerk und deren angeblichen Beziehungen zur Organisation Consul nicht die Rede gewesen ist. Auch die Beziehungen zum Polizeipräsidium Berlin sind nur insoweit berührt worden, als das Gericht für erwiesen erachtete, daß Kindermann ihm seine Dienste anbot und von ihm Unterstützung zur Fortführung seiner Studien erfahren habe, so daß also in diesen Punkten das Gericht den Verdächtigungen der Anklage nicht gefolgt ist. Damit fehlt dem Urteil aber die kausale Geschlossenheit der Anklageschrift, die bekanntlich davon ausging, daß das Studentenwerk, dem die Angeklagten angehörten, ein Teil der Organisation Consul sei. Damit entfallen logischerweise auch alle an diese Voraussetzungen geknüpften Schlußfolgerungen. Es kommt hinzu, daß die Angaben der Kronzeugen, nach denen das Gericht die terroristischen Absichten der Angeklagten für erwiesen erachtete, nach keiner Richtung als Stütze des Urteils dienen können. Wenn der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes nach einer Meldung der „Roten Fahne" angibt, daß gewisses Entlastungsmaterial, das der Sowjetregierung zugeleitet wurde, erst nach dem Verhandlungsschluß dem Gerichtshof vorgelegt worden sei, so liegt dies an der bereits gerügten Kürze der Fristen zwischen der Zustellung der Anklageschrift und dem Verhandlungstermin. Selbst bei Würdigung der in Moskau herrschenden psychologischen Atmosphäre, sowie des von dem Verhandlungsleiter in der „Pravda" zugegebenen Klassenkampfcharakters der sowjetrussischen Justiz, und wenn auch die Angeklagten sich gewisser Vergehen schuldig gemacht haben und das ihnen zur Last gelegte Material nicht völlig zu entkräften vermochten, ist das Urteil doch als ausgesprochenes Fehlurteil zu betrachten. Die deutsche Regierung wird daher unter Hinweis auf die ernste Belastungsprobe, die die deutsch-russischen Beziehungen durch das Vorgehen der Sowjetbehörden erleiden, die Verhandlungen, die bereits schriftlich und mündlich in Berlin und Moskau mit der Sowjetregierung im Gange sind, in dem Sinne weiter betreiben, daß die Vollstreckung des Fehlurteils unterbleibt.

tu. **Madrid,** 10. Juli. (Tel.) Die spanisch-französische Marokko-Konferenz wird noch eine Woche dauern, um einige Punkte von untergeordneter Bedeutung zu erledigen. Malvy wurde gestern abend vom König empfangen. Anschließend hatte er eine längere Unterredung mit Primo des Rivera.

Die englische Tangernote an Spanien.

w. **London,** 10. Juli. (Tel.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Chronicle" zufolge ist die Antwort Großbritanniens auf das Ersuchen der spanischen Regierung auf Verstärkung der internationalen Polizei in Tanger durch britische Truppen abgesandt worden. Es verlautet, daß in der britischen Antwort dargelegt werde, die britische Regierung sei nicht der Ansicht, daß britische Interessen im gegenwärtigen Augenblick auf dem Spiel ständen und es werde darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf das internationale Statut Tangers jede Verstärkung der dortigen Streitkräfte Reibungen in Marokko herbeiführen könnten. Zugleich sei Großbritannien bereit, bei der Durchführung der Bestimmungen der Tangerkonvention, die noch nicht in Wirksamkeit getreten sei, mitzuwirken.

Die Abberufung des Apostolischen Nuntius aus Prag.

✠ **Rom,** 10. Juli. In hochoffiziöser Form gibt der „Osservatore Romano" die Abberufung des Apostolischen Nunzius in der Tschechoslowakei, Monsignore Marmaggi, bekannt. Das Kurialblatt sagt, daß er Heilige Stuhl in Verfolg der Tatsache, daß der Präsident der Tschechoslowakischen Republik, Masaryk, das Patronat und der Ministerpräsident Strehla den Ehrenvorsitz bei dem am 6. Juli in Prag mit besonderer Feierlichkeit begangenen Fest des Johannes Hus übernommen bezw. angenommen haben, dem Nunzius Marmaggi den Auftrag erteilt habe, formellen Protest zu erheben und Prag unverzüglich zu verlassen. Der Nunzius habe am Abend des 6. Juli Prag verlassen und sei auf direktem Wege in Rom eingetroffen.

✕ **Prag,** 10. Juli. Die sozialistischen Parteien fordern den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan und die sofortige Einbringung einer Gesetzesvorlage betreffend die Trennung von Staat und Kirche. Diese Forderungen enthält auch eine von den deutschen Sozialisten im Abgeordnetenhause eingebracht dringliche Interpellation, über deren Behandlung sich die tschechischen Koalitionsparteien noch nicht einig sind. Auch die tschechischen sozialistischen Parteien bereiten eine ähnliche Interpellation vor, während die oppositionellen Slowaken mit den deutschen Christlichsozialen in einer dringlichen Interpellation gegen die Aufhängung der Hußfahne auf dem Wohnsitz des Präsidenten der Republik mit Rücksicht darauf protestieren werden, daß 80 Prozent der Bevölkerung römisch-katholisch sind.

Die Vorsorge für den Krieg.

Ein Gesetzentwurf Painlevés.

✕ **Paris,** 10. Juli. Der Ministerpräsident und Kriegsminister Painlevé hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht zur „allgemeinen Organisation der Nation für Kriegszeiten". Er soll Vorbereitungen und Vorkehrungen schon in Friedenszeiten treffen, um im Kriegsfall „alle lebendigen Kräfte des Landes" sofort mobilisieren zu können. In der amtlichen Mitteilung über den Gesetzentwurf heißt es u. a.:

Die Erfahrung von 1914 hat deutlich gezeigt, daß in dem „Gesamtkrieg", den ein moderner Konflikt darstellt, die ganze Nation in Mitleidenschaft gezogen wird, und daß die Mobilisierung der industriellen, wirtschaftlichen und finanziellen Machtmittel, die zweckmäßige Nutzbarmachung der Hilfsquellen aller Art nicht weniger wichtig sind als die Mobilisierung der militärischen Streitkräfte. Der vorliegende Gesetzentwurf steht eine methodische Organisation dessen vor, was in den Jahren 1914 bis 1918 improvisiert werden mußte. Vorgesehen sind in dem Entwurf:

1. die zweckmäßigste Bereitstellung aller Einzelpersonen, sowie aller gemeinschaftlichen Verbände für die Landesverteidigung;

2. das Recht zur Requisition nicht nur aller materiellen, sondern auch geistigen und wirtschaftlichen Hilfsmittel des Landes;

3. die methodische Organisation der öffentlichen Gewalten in Kriegszeiten und die bereits im Frieden vorzunehmende Vorbereitung der Mobilisierung in jedem Ministerium und in jedem Bezirk;

4. Sondermaßnahmen für die zweckmäßigste Nutzbarmachung der Handarbeit und der Rohstoffe; die Vorbereitung der Kriegsindustrie und der Transporte aller Art.

Der Gesetzentwurf bildet auf diese Weise einen der bestimmenden Bestandteile am Werk zur Neuorganisierung der Landesverteidigung, die bei gleichzeitiger Abkürzung der militärischen Dienstzeit die Sicherheit des Landes auf eine feste Grundlage stellen wird.

Von Nah und Fern.

Das Urteil von Hamburg.

✠ **München,** 10. Juli. (Tel.) Der „Bayerische Kurier" wendet sich aufs schärfste gegen die Hamburger Freisprechung des völkischen Schriftstellers, der den Münchener Kardinal v. Faulhaber einen Verräter an der nationalen Sache genannt hatte. Es sei ganz unglaublich, daß von einem deutschen Gericht ein derartiges Urteil habe ergehen können. Dieses Urteil müsse ein Nachspiel haben, denn es sei eine Herausforderung der deutschen Katholiken, die nicht müßig zusehen dürften, wie ein katholischer deutscher Kirchenfürst im neuen deutschen Reiche grundlos beschimpft werden könne, ohne daß ein deutsches Gericht seine Ehre zu schützen wisse. Auch die „Münchener Neuesten Nachrichten" bezeichnen das Hamburger Urteil als ungeheuerlich.

Der Herausgeber des „Hamburger Fremdenblattes" gestorben.

tu. **Königsberg,** 10. Juli. (Tel.) Albert Broschek, der Herausgeber des „Hamburger Fremdenblattes", ist hier während der Vorstandsberatung des Vereins deutscher Zeitungsverleger, die der Hauptversammlung voranging, im 69. Lebensjahre gestorben.

Ein amerikanischer Affen-Prozeß.

tu. **Newyork** 10. Juli. (Tel.) Heute hat in Dayton (Staat Tennessy) der von der Oeffentlichkeit mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Fachschullehrer Scope begonnen, der durch Verbreitung der Darwinschen Abstammungstheorie gegen die Religionsgesetze verstoßen hatte.

Bei der Eröffnung des Affenprozesses waren sämtliche führende Prozeßteilnehmer anwesend. Hunderte von Reportern bestürmten den Anklagevertreter, den bekannten Politiker Bryan, mit Fragen als er den Gerichtssaal betrat. Bryan erwiderte: „Es kann mir nicht zweifelhaft sein, wohin die Entscheidung des Gerichtes und des Volkes bei der Frage „Gorilla oder Gott" fällt." Die Antivolutionisten errichteten in Dayton ein großes Hauptquartier; gegenüber dem Gerichtshofe hat die christliche Frauenvereinigung ein ganzes Haus bezogen, aus dem dauernd Choräle ertönen. Die Kinos zeigen das Leben Christi im Film nach Art der Oberammergauer Vorstellungen. Ganz Amerika verfolgt mit Spannung den Prozeß, der ganze Seiten der Zeitungen einnimmt.

Die letzten Meldungen.

Das Reichsschulgesetz.

✠ **Berlin,** 10. Juli. (Tel.) Wie die Morgenblätter erfahren, hat der Reichsminister des Innern den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen (sogen. Reichsschulgesetz) dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vorgelegt.

Keine Erhöhung der Beiträge zur Angestelltenversicherung.

⊕ **Berlin,** 10. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages lehnte heute die Anträge auf Heraufsetzung der Beiträge zur Angestelltenversicherung ab und billigte die Regierungsvorlage. Es wurde beschlossen, Monatsgehälter bis zu 50 Mark beitragsfrei zu lassen.

Der Agrarausschuß des Reichstages.

tu. **Berlin,** 10. Juli. (Tel.) Der Agrarausschuß des Reichstages behandelte heute die Frage der gleitenden Zölle, über die der Präsident des Statistischen Reichsamtes, Dr. Wagemann, berichtete. Er hob hervor, daß der starke Rückgang der Einfuhr von Futtermitteln und auf der anderen Seite die ins Unermeßliche gesteigerte Einfuhr landwirtschaftlicher Kleinfabrikate, Fertigfabrikate, sowie Fleisch, und Gefrierfleisch, bedenklich sei.

Mark- und Frankenschlußnotierungen.

h. **Newyork,** 10. Juli. (Funkspruch.) Schlußkurs der Mark 23,80. 100 Franken gleich 4,68½ Dollar.

Baumwollnotierungen.

h. **Bremen,** 10. Juli. (Eig. Drahtb.) Schlußnotierungen: Sept. 25,68—78; Okt. 25,60—70; Dez. 25,57—61; Jan. 25,39—45; März 25,47—52; Mai 25,68—70.

h. **Liverpool,** 10. Juli. (Funkspruch.) Umsatz 4000, Imp. 3700, f. d. Exp. 3000. Schlußnotierungen: Loco 13,67; Juli 13,12; Aug. 12,95; Sept. 12,78; Okt. 12,68; Nov. 12,54; Dez. 12,55; Jan. 12,55; Febr. 12,54; März 12,58; April 12,57; Mai 12,61; Juni 12,57.

h. **Newyork,** 10. Juli. (Funkspruch.) Stetig. Schlußnotier.: Loco 24,30; Juli 23,55—55; Aug. 23,70—70; Sept. 23,75—75; Okt. 23,78—80; Dez. 23,90—93; Jan. 23,31—33; März 23,61—61; April 23,74—74; Mai 23,87—88; Zufuhren: Atlantik 4000, Inland 1000, Golf 2000.

Getreidenotierungen.

h. **Chicago,** 10. Juli. (Funkspruch.) Schlußnotierungen: Weizen: Juli 146,5, Sept. 142,125, Dez. 143,5, flau; Mais: Juli 102,25, Sept. 105, Dez. 87,125, stetig; Hafer: Juli 45,5, Sept. 45,865, Dez. 47,865, kaum stetig; Roggen: Juli 95,5, Sept. 97,5, Dez. 99,75, willig.

Licht.

Auch die Beziehungen
soweit berührt worden,
daß Kindermann ihm
tzung zur Fortführung
lso in diesen Punkten
klage nicht gefolgt ist.
die kausale Ge-
ift, die bekanntlich
dem die Angeklagten
onsul sei. Damit ent-
Voraussetzungen ge-
hinzu, daß die An-
enen das Gericht die
für erwiesen erachtete,
itze des Urteils
ide des Obersten Ge-
n Fahne" angibt, daß
Sowjetregierung zuge-
chluß dem Gerichtshof
der bereits gerügten
der Anklageschrift und
pigung der in Moskau
sowie des von dem
egebenen Klassen-
ssischen Justiz,
ser Vergehen schuldig
elegte Material nicht
Urteil doch als
betrachten. Die deut-
s auf die ernste Be-
ziehungen durch das
e Verhandlungen, die
und Moskau mit der
nne weiter betreiben,
erbleibt.

Fern.

erische Kurier"
ger Freisprechung des
er Kardinal v. Faul-
Sache genannt hatte.
einem deutschen Ge-
nnen. Dieses Urteil
eine Herausfor-
, die nicht müßig zu-
her Kirchenfürst im
werden könne, ohne
tzen wisse. Auch die
n" bezeichnen das

blattes" gestorben.
rt Broschek, der Her-
ist hier während
er Zeitungsverleger,
69. Lebensjahre ge-

zeh.
t in Dayson (Staat
Spannung erwartete
egonnen, der durch
Abstammungs-
gen hatte.
aren sämtliche füh-
von Reportern be-
n Politiker Bryan,
Bryan erwid te:
ie Entscheidung des
Gorilla oder Gott"
Dan on ein großes
ha: die christliche
, aus dem dauernd
n Chri:t im Film
en Ganz Amerika
ge Seiten der Zei-

ngen.

enblätter erfahren,
urf eines Gesetzes
r Reichsverfassung
n den Volksschulen
ett zur Beschluß-

ltenversicherung.
rliner Vertreters.)
lehnte heute die
r Angestelltenver-
ge. Es wurde be-
ragsfrei zu lassen.
ges.
schuß des Reichs-
enden Zölle,
samtes, Dr. Wa-
arke Rückgang der
ren Seite die ins
licher Kleinfabri-
erfleisch, bedenk-
gen.
Lußkurs der Mark

chlußnotierungen:
; Jan. 25,30—45;
nsatz 4000, Imp.
8,67; Juli 13,12;
2,54; Dez. 12,55;
2,57; Mai 12,61;
g. Schlußnotier.:
Sept. 23,75—75;
März 23,61—61;
lantik 4000, In-
chlußnotierungen:
, flau; Mais:
fer: Juli 45,5,
en: Juli 95,5,

Aus der Heimat.

Bocholt, den 11. Juli 1925.

ö. **Heute Abend „Wäwedamp"-Aufführung.** Als Auftakt zu den Veranstaltungen des Bocholter Heimattages findet heute Abend 7,30 Uhr im Schützenhaussaale eine Aufführung des Volksspiels „Wäwedamp", von Johannes Ostendorf statt. Es sei an dieser Stelle nochmals betont, daß die Aufführung nicht wiederholt werden wird. Wer daher die früheren Aufführungen nicht gesehen hat oder sich noch einmal in den Geist des Stückes versenken möchte, das ihm von dem Schicksal seiner Vorfahren Kunde gibt, der möge zu der Vorstellung des heutigen Abends erscheinen.

n. **Gardeverein.** Auch an dieser Stelle wird noch auf die am morgigen Sonntag, Abends 8,30 Uhr, stattfindende wichtige Mitgliederversammlung hingewiesen.

m. **Dekanats-Cäcilienfest.** Am Sonntag den 19. Juli findet in Borken das diesjährige Dekanats-Cäcilienfest statt. Alljährlich pflegen sich die Cäcilienvereine dekanatsweise zu gemeinsamen Festen zu versammeln. Diese Tagungen tragen im allgemeinen den Charakter eines edlen, neidlosen Wettstreites. Ihre Aufgabe ist, bei Sängern neuen Eifer und frische Begeisterung zu entfachen und bei der katholischen Bevölkerung das Interesse für die kirchliche Tonkunst zu wecken. Erfreulicher Weise kann gesagt werden, daß die Cäcilienfeste von dem albernen Humbug der Preissingerei, wie sie bei allzu vielen Gesangvereinen sich ausgebildet hat, sich vollständig freigehalten haben. Eine sachmännische Kritik scheuen die Kirchenchöre keineswegs. Unsere Chöre haben ein reiches geschichtliches Erbe zu wahren. Da ist vor allem die erstgeborene Tonsprache unser. hl. Kirche zu nennen, der gregorianische Choral. Er wird in unserem Vaterlande gesungen seit den Zeiten, da die Glaubensboten das hl. Evangelium unter unseren Vorfahren verkündeten. Schon die ältesten Geschichtsbücher wissen zu berichten von deutschen Kirchensängern. So heißt es einmal von den Berufssängern des vorchristlichen germanischen Altertums, den Barden, deren viele sich der jungen christlichen Lehre zuwandten: „Sie hingen nun ihre Harfen am Kreuze auf und sangen so schön, daß die Engel Gottes sich über den Himmelsrand neigten, um ihnen zuzuhören". Die Kirchensänger Karls des Großen traten bereits in selbstbewußten Wettbewerb mit den römischen Kirchensängern. Unter den musikkundigen deutschen Benediktinermönchen erlebte der Choralgesang vom 8. bis zum 12. Jahrhundert eine hohe Blütezeit. Nicht nur wurden die deutschen Sängerschulen dieser Zeit weitberühmt, auch neue Choralgesänge entstanden in den deutschen Klöstern und breiteten sich bald über die ganze Kirche aus. Wenn man demnach mit Berechtigung von einer deutschen Tradition des Choralgesanges reden kann, so ist das künstlerische Erbe unserer Kirchenchöre hinsichtlich der mehrstimmigen Kirchenmusik nicht minder groß. Zwar knüpft sich der Ruhm, Schöpfer der bis jetzt unerreicht gebliebenen mehrstimmigen Kichenmusik zu sein, an den Namen des Römers Palestrina. Jedoch wir Deutsche haben das Verdienst, in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Kirchenmusik vor dem Verfall bewahrt und seichte Auswüchse beseitigt zu haben und eine reine, vom Zeitgeiste ungetrübte Kunst in unsere Zeit herüber gerettet zu haben. Es seien genannt Procke, Witt, Schmidt, Haller, Mitterer, Namen die unvergessen bleiben werden für alle Zeiten. Und nachdem Papst Pius X. der zeitgenössischen kirchlichen Tonkunst durch sein Motuproprio vom 22. November 1903 die Tore geöffnet, ist es wieder der Deutsche Anton Bruckner, der als Palestrina der Neuzeit zum musikalischen „Neutöner" ward, dem in der ganzen Kirche in der „musica sacra" niemand an Bedeutung gleichgestellt werden kann. Mag nun auch in erster Linie der Cäcilienverein seine Hauptaufgabe in der Schaffung einer kunstvollen, würdigen Kirchenmusik erblicken, so findet doch auch das deutsche Volkslied bei ihm nicht minder liebevolle Pflege. Das fünfte Bezirks-Cäcilienfest soll zeigen, daß auch unsere Chöre sich ihrer kulturellen Bedeutung bewußt, und auch seit dem letzten Fest im vergangenen Jahre in Wesel keine schlafenden Wächter gewesen sind.

a. **Ernennung eines Handelsrichters.** Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort teilt uns folgendes mit: Durch Erlaß des Herrn Justizministers vom 22. Juni 1925 — I a 313, 9 h — ist der Kaufmann Gottfried Sträßer, Geschäftsführer der Firma Georg von Cölln-Sträßer, G. m. b. H., Großhandlung in Eisen-, Stahl- und Metallwaren, in Duisburg für die Zeit vom 1. Juli 1925 bis dahin 1928 als Handelsrichter bei dem Landgericht in Duisburg benannt worden.

ö. **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde in einem Lebensmittelgeschäft an der Franzstraße eingebrochen. Durch Eindrücken einer Scheibe verschaffte sich der Dieb Einlaß. Es fielen ihm Wurstwaren in die Hände.

* * *

ö. **Rhede,** 10. Juli. **Richtigstellung des Prämienergebnisses der Kreistierschau.** Eine nachträglich erfolgte Befragung der Preisrichter hat ergeben, daß, wie auch an dies. Stelle ursprünglich gemeldet, die Stute des Herrn Th. Schlütter, Herzebocholt den 1., die des Herrn B. Bauhaus, Hemden, den 2. Preis in der Siegerklasse erhalten hat.

* **Heiden,** 10. Juli. **Unfall.** Am Sonntag Nachmittag vergnügten sich verschiedene Jungen damit, mit einer aufgefundenen Sprengkapsel zu hantieren. Der 13jährige Schüler B. nahm die Sprengkapsel und versuchte den Inhalt der Kapsel, in der Annahme, er sei Watte, mit einem scharfen Gegenstand zu entfernen. Hierbei kam die Sprengkapsel zur Explosion. B. verletzte sich hierbei die Hand schwer. Ein Daumen wurde ihm hierbei ganz abgerissen. Vor Schmerz rannte er auf dem Marktplatz hin und her, bis durch das Geschrei des Jungen Erwachsene aufmerksam wurden und dafür Sorge trugen, daß B. dem hiesigen Krankenhause zugeführt wurde. Ein in unmittelbarer Nähe stehender Knabe kam mit dem Schrecken davon, während ein weiterer, der sich einige Schritte entfernt aufgehalten hatte, Verletzungen leichterer Art am Arm und im Gesicht davontrug. Dieses Vorkommnis sei eine ernste Warnung für die Jugend, welche aufgefundene Patronen und sonstige metallene Gegenstände an Erwachsene oder an Eltern und an die Lehrerschaft abzugeben haben, um derartige Unglücksfälle zu vermeiden.

Aus dem Kreise Rees.

a. **Erwerbslosenbewegung beim Arbeitsamt Wesel im Monat Juni 1925.** Am 31. Mai waren 346 unterstützte und 45 nicht unterstützte Erwerbslose, davon 386 männliche und 5 weibliche mit insgesamt 632 Zuschlagsempfängern in der Erwerbslosenfürsorge vorhanden. Die Zahl der nicht unterstützten Erwerbslosen und Jugendlichen hat sich im Berichtsmonat auf 117 erhöht; von den nicht unterstützten konnten 12 in Arbeit vermittelt werden. Am 30. Juni 1925 waren an unterstützten Erwerbslosen 261 männliche und zwei weibliche mit insgesamt 464 Zuschlagsempfängern gemeldet, ferner befinden sich in der Zahl 13 Notstandsarbeiter. 25 Erwerbslose mußten infolge Fristablauf aus der Erwerbslosenfürsorge ausscheiden und werden vom Wohlfahrtsamt weiter betreut. Von den Erwerbslosen entfallen auf die Gemeinde Wesel 275 männl. und 9 weibl. Personen, Isselburg 32 männl. Personen, Millingen 6 männl Personen, Rees 47 männl und 2 weibl. Personen, Haldern 6 männl. Personen, Obrighoven 3 männl. Personen. Die Zahl der Erwerbslosen nahm somit im Monat Juni um 11 Personen ab. Neuanträge auf Erwerbslosenunterstützung sind im Berichtsmonat 173 gestellt worden. In Arbeitsangelegenheiten usw. sind 965 Personen beim Arbeitsamt vorstellig geworden. 7 Schulentlassene konnten in Lehrstellen untergebracht werden. 197 Personen konnten in Arbeit vermittelt werden, davon 40 in Berbau und Hüttenbetriebe, 21 in die Metallverarbeitungsindustrie, 8 ins Baugewerbe, 9 ins Verkehrsgewerbe, 90 in Lohnarbwit wechselnder Art. Die übrigen wurden in andere einschlägige Berufe vermittelt. Die Arbeitsmarktlage für kaufmännische und Büroangestellte ist noch immer als äußerst ungünstig zu bezeichnen. Bei den Keramischen Werken sind am 29. Juni 1925 die Gießer in den Streik getreten, dadurch ist auch ein Teil der in anderen Abteilungen beschäftigten Arbeiter erwerbslos geworden. Von dieser Maßnahme sind insgesamt 118 Personen betroffen.

ö. **Isselburg,** 10. Juli. **Musik in der Stadt.** Am Donnerstag machte eine Schiffskapelle aus Emmerich unserer Stadt einen Besuch. Während sie auf dem Marktplatz spielte, stellte sich eine stattliche Zuschauermenge ein, die den schönen Weisen lauschte.



Jetzt ist der Zeitpunkt da,

wo aus der Wohltat des hitzegewaltigen, mit Kohle beheizten Küchenherdes eine Plage wird und sich die Hausfrau nach der kühlen, reinlichen und praktischen Gasküche sehnt. Die Gasküche hat den Vorteil der steten Betriebsbereitschaft, der Sauberkeit und der Billigkeit. Die Hausfrau kann die Flamme sofort anzünden, löschen, vergrössern oder verkleinern, wie sie will, und es mit etwas Uebung leicht dahin bringen, erstaunlich wenig Gas zu verbrauchen. Beim Kohlenherd ist diese weitgehende Oekonomie ausgeschlossen, denn die Kohle, die einmal angezündet ist, brennt weiter, gleichgültig, ob Wärme gebraucht wird oder nicht, ja die Tätigkeit der Hausfrau besteht bei einmal entfachter Hochglut geradezu darin, die Speisen durch Hin- und Herschieben auf dem Herd, Zwischenlegen von Ringen usw. vor zu großer Hitze zu schützen, statt sie ihr auszusetzen. Aber ganz abgesehen von der Oekonomie werden die Speisen auf dem Gasherd schmackhafter und nahrhafter. Denn die Hausfrau kann durch das Kleinstellen der Flammen die Temperatur auf ganz gleicher, den Speisen zuträglichster Höhe halten, und durch diese „individuelle Behandlung" der Speisen behalten sie ihren Nährwert, ihre Bekömmlichkeit und als Hauptsache ihren natürlichen Wohlgeschmack. Schließlich ist die Reinigung des Kochgeschirres, wenn auf Gas gekocht wird, viel leichter. Auch fällt bei der Gasküche jeder Schmutz durch Kohle und Asche fort.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **J. C. Olympia.** Die Mitglieder werden nochmals auf die am kommenden Sonntag, Morgens 11 Uhr im Vereinslokal (Anschlag) stattfindende Jahres-Hauptversammlung aufmerksam gemacht. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. 10 Uhr Vorstandssitzung. (Siehe Inserat).

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt,
für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kemptes-Bocholt.

Gottesdienst-Ordnung.

Sonntag, den 12. Juli 1925.

St. Georg. 5 Uhr hl. Messe für die Annaberg-Pilger. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Hochamt. 2 Uhr Christenlehre und Aloysiusandacht. 4 Uhr Sakramentsandacht. — In den Bauernschaften ist Christenlehre, n Hamden in Schule 2. Die Kommunionmädchen der Schule an der Herzogstraße haben am Sonntag gemeinschaftliche hl. Kommunion. Samstag 12 Uhr Vorbereitung. Die Jünglingssodalität und die Jugendvereine haben bei der 8-Uhr-Messe gemeinschaftliche hl. Kommunion.

Liebfrauen. 6,30, 7,15, 8,15 und 9 Uhr sind Lesemessen. 10 Uhr ist Hochamt. 2,30 Uhr ist Christenlehre und Aloysiusandacht. Auch in Stenern ist Christenlehre. Monatskommunion haben 7,15 Uhr die Jünglinge, 8 Uhr die Mädchen der Stadtschulen. Für diese ist am Samstag 11,45 Uhr Vorbereitung. —

St. Josef. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 2 Uhr Christenlehre und Aloysiusandacht. In den Bauerschaften ist Christenlehre. 7 Uhr Monatskommunion für die Jünglinge, 8 Uhr gemeinschaftliche hl. Kommunion der Bauerschaftskinder.

St. Klara. 7 Uhr hl. Messe. 6 Uhr Andacht.

Kapuzinerkloster. 6, 6,30, 7 Uhr hl. Messen. 8 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Andacht.

St. Agnes. (Hospital). 7 Uhr hl. Messe. 5,30 Uhr Andacht.

St. Agnes. (Gymnasium). 8,30 Uhr hl. Messe mit Predigt. 12 Uhr Andacht.

Spork. 7 Uhr Frühmesse und gemeinschaftliche hl. Kommunion der Sodalen, 9,30 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Christenlehre und Andacht, darnach Versammlung für die Sodalen.

Werth. 7 Uhr hl. Messe und gemeinschaftliche hl. Kommunion der Jungfrauen. 10 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Christenlehre und Andacht. Versammlung der Jungfrauen.

Suderwick. 7,30 Uhr hl. Messe mit gemeinschaftlicher hl. Kommunion der Jünglinge. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 3 Uhr Christenlehre und Andacht. — Nächsten Sonntag gemeinschaftliche hl. Kommunion der Jungfrauen.

Barlo. (3. aloysianischer Sonntag für die Jünglinge). 7 Uhr hl. Messe. 9 Uhr gemeinschaftliche hl. Kommunion der älteren Knaben. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 3 Uhr Christenlehre und Andacht.

Rhede, (4. aloysianischer Sonntag). 6 Uhr hl. Messe, 6,30 Uhr hl. Messe; gemeinschaftliche hl. Kommunion der Schulen zu Bardingholt und des Jugendvereins. 9 Uhr hl. Messe und Predigt. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Andacht zum hl. Aloysius.

Andachten im Laufe der Woche:

St. Georg. Donnerstag 8,30 Uhr Sakramentshochamt; abends 8,30 Uhr Sakramentsandacht.

St. Klara. Dienstag 6 Uhr Antoniusandacht

Evangelischer Gottesdienst.

Bocholt. 10 Uhr Gottesdienst, Kollekte für das evangel. theol. Studienhaus in Münster. 11,15 Uhr Kindergottesdienst. 12 Uhr Taufen. 3,30 Uhr Jungmädchenverein. Dienstag 8,30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8 Uhr Jugendbund. Samstag 6 Uhr Posaunenchor.

Anholt. 10 Uhr Gottesdienst, 11,10 Uhr Kindergottesdienst.

Exerzitien im St. Gudulakloster der Steyler Missionsschwestern in Rhede Bezirk Münster.

Für Lehrerinnen vom 25.—29. August und 1.—7. September.
Für Jungfrauen vom 13.—17. August, 9.—13. September und 17.—21. Oktober.
Für Frauen vom 17.—21. August und 8.—12. Oktober.
Für Frauen und Jungfrauen vom 7.—11. August.
Für Jungfrauen, die ledig bleiben wollen, v. 24.—28. August.
Für Haushälterinnen vom 14.—18. September.
Für Damen gebildeter Stände vom 22.—26. Oktober.
Für Mitglieder des 3. Ordens vom 30. September bis 4. Oktober.

Anmeldungen sind zu richten an das Exerzitienhaus der Steyler Missionsschwestern St. Gudula in Rhede, Bezirk Münster.

Bekanntmachung.

Die Hebeliste über die Verteilung der Landwirtschaftskammerbeiträge für das Rechnungsjahr 1925 liegt von Dienstag, den 14. Juli 1925 ab 14 Tage im Verwaltungsgebäude Ravardistraße 4, Zimmer Nr. 10 zur Einsicht der Beteiligten offen.

Bocholt, den 10. Juli 1925.

Der Oberbürgermeister.

Hebetermine

der Gemeindekasse der Aemter Dingden, Liedern-Werth, im Monat Juli 1925.

Es sind zu zahlen: Grundvermögen- und Hauszinssteuer.

Die Termine finden statt:
am Dienstag, 14. Juli 1925 (nur ein Tag) in Dingden. (Kösters);
am Mittwoch, 15. Juli, vorm. 9,30—11 Uhr in Spork. (Geuting);
am Mittwoch, 15. Juli, nachm. 2—4 Uhr in Suderwick. (Evgl. Schule);
am Donnerstag, 16. Juli, vorm. 9,30-12 Uhr in Werth und Herzebocholt. (Weck).
am Freitag, 17. Juli, vorm. 11—12 Uhr in Barlo. (Wissing).

In Barlo sind die Kirchensteuern 1925 mit einzuzahlen. Die übrigen Gemeinden zahlen in der Zeit vom 20.—22. Juli im Kassenlokale in Bocholt.

An Tagen auswärtiger Hebung und an allen Samstagen bleibt die Kasse geschlossen.

Bocholt, den 9. Juli 1925.

Scholtholt, Rentmeister.

Bekanntmachung.

Gemäß § 21 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 (G. S. S. 207) bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die Nutzung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke Werth zur Größe von ca. 125 ha auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem 15. August 1925 durch öffentlich meistbietende Verpachtung erfolgen soll.

Die in Aussicht genommenen Pachtbedingungen liegen vom 13. Juli 1925 ab zwei Wochen lang im Amtshause Liedern-Werth in Bocholt öffentlich aus. Verpachtungstermin ist auf Montag, den 10. August 1925, nachmittags 3 Uhr in dem Lokale des Wirtes Weck in Werth anberaumt. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der vorbezeichneten Auslegungsfrist Einspruch beim Kreisausschuß zu Borken erheben. Bis zum Ablaufe derselben Auslegungsfrist sind etwaige Anträge auf Vereinigung von Grundflächen mit Eigenjagdbezirken oder auf Ausschluß von Grundflächen aus dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke bei mir zu stellen. (§§ 7, 13 der Jagdordnung).

Werth, den 8. Juli 1925.

Der Jagdvorsteher: Lensing.

Wir haben noch mehrere

Baugrundstücke

an der vorderen Schwanenstr. abzugeben.

Westd. Industriegesellschaft m. b. H.

Bestellungen
auf Kunstdünger u. Futterartikel für Herbst u. Winter mögen jetzt gemacht werden.
Bäuerliche Bezugs- und Absatz-Genossenschaft, Mussum.

Ladenlokal
für Herrenartikel
in bester Lage: Nord-, Oster- oder Neustraße
gesucht.
Offerten unt. A.B. Mülheim Ruhr, Schließfach 31.

Heimarbeiterinnen
für Handarbeit gesucht.
Deutsche Stoffschuh- u. Schäftefabrik, G. m. b. H., Bocholt Ravardistrasse 48

Mein SAISON-AUSVERKAUF

beginnt am Sonnabend, den 11. Juli, und endet am Dienstag, den 21. Juli.

Ich bringe in allen Abteilungen nur Ia Qualitäten zu konkurrenzlos billigen Preisen.
Auf sämtliche Artikel, die nicht billiger ausgezeichnet sind, gewähre ich

10 Prozent Rabatt

Schützenstr. 30. **HEINRICH SCHRÖER.**

Statt Karten

Die Verlobung unserer Tochter Hilde mit dem Kaufmann Moritz Stern beehren wir uns anzuzeigen.

Hilde Stern
Moritz Stern
Verlobte

Ed. Herzfeld u. Frau
verw. Stern, geb. Sternberg.

Bocholt — Oberhausen
Sonntag, 12. Juli 1925.

Sämtliche Sommerwaren habe ich im

Preise bedeutend herabgesetzt.

Ferner gebe ich bis zum 21. Juli auf alle nicht herabgesetzten Waren

10% Rabatt

Frz. Rieger, Manufakturwaren, Karolingerstr.

---

2 kräftige zugefeste

Doppelponys

zu verkaufen.
Näheres in d. Geschäftsstelle

Zu verkaufen

Schlosser- u. Klempnerwerkzeug Rauchfängereisen, Bettstelle Lampen, einige Herdfliesen und sonstige Sachen.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Gardeverein Bocholt

Am Sonntag, den 12. Juli, abends 8½ Uhr:

Mitgliederversammlung

bei Langenhoff.
Tagesordnung (Kriegerfest betr.) sehr wichtig.
Vollzählige Beteiligung wird erwartet.
DER VORSTAND.



F.-C. Olympia
e. V.
Westd. Spielverband.

Sonntag, den 12. Juli 1925
11 Uhr: Jahreshauptversammlung
10 Uhr: Vorstandssitzung

Der Vorstand.

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Ortsgruppe Bocholt.

Sonntag, den 12. 7. nachmittags

AUSFLUG

nach dem Gute Ostendorf (bei Böggering) Dortselbst Konzert, Kinderbelustigung u. sonstige Unterhaltung. Die Mitglieder mit ihren Angehörigen sowie die Theaterabteilung sind hierzu freundl. eingeladen. Kaffeetassen sind mitzubringen. Antreten 2½ Uhr am Westend, Ecke Kaiser Friedrichstraße-Dinxperloerstr. Abmarsch 3 Uhr.
Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

R.-V. „Alt Heil" Bocholt.

Sonntag, den 12. Juli 1925
Wanderfahrt nach Velen.
Daselbst:
II. Lauf der Vereinsmeisterschaft.
Abfahrt per Rad vom Vereinslokal 2 Uhr nachmittags. Abfahrt per Eisenbahn 3,20 Uhr über Borken.
DER VORSTAND.

Gut Hünting
Bes.: Heinr. van Bebber.
Samstag ab 7 Uhr abends,
Sonntag ab 4 Uhr nachm.:
Freikonzert

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 12. Juli:
Dr. Dähling :: Dr. Benölken.

Sonntagsdienst der Sanitätskolonne
am 12. Juli:
Willemsen Heinrich, Kampstr. 9,
Hidding Anton, Schwanenstr. 85c.

Krieger-Verein 16 A. K.

Sonntag, den 12. d. Mts. morgens 10½ Uhr

Monatsversammlung

im Vereinslokal Kronenburg

Tagesordnung
1. Aufnahme.
2. Kriegerfest.
3. Verschiedenes.

Da letzte Versammlung vor dem Kriegerfeste, werden die Mitglieder gebeten pünktlich u. zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Sport- u. Spielverein „Einigkeit"

Sonntag, den 12. d. M.

Familienausflug

zu Venderbusch-Vehlingen.
Abfahrt 1 Uhr mittags
Vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.
NB. Nichtmitglieder sind freundlichst eingeladen.

Rote
Johanisbeeren
(Prachtware)
empfiehlt
Obstplantage und Samenhaus
Behnen.

Naumann-



Nähmaschinen
für Haus u. Gewerbe
liefert
HERM. PELTZER
Bocholt a. d. evgl. Kirche
Fernruf 384.

Jeden Posten altes, gebraucht.
Zeitungs-Papier
kauft zu hohen Preisen Riesenbazar Otto Scherbel, Nordstr. 19.

Verein für Heimatpflege, Bocholt

Der Verein veranstaltet am
11.—12. Juli im Schützenhause
einen

Bocholter Heimattag

zu dem die ganze Bevölkerung Bocholts und des Kreises Borken eingeladen ist.
ca 200 Mitwirkende.

Samstagabend 7½ Uhr Aufführung des

„Wäwedamp"

Ein Volksspiel in 5 Aufzügen von Joh. Ostendorf.

Sonntagvormittag 11½ Uhr
unter Mitwirkung des M.-G.-V. „Sängerbund"

Festakt

Festrede des Herrn Archivdirektors Dr. Glasmeier-Velen.

Sonntagnachmittag 3½ Uhr
unter Mitwirkung des Reitervereins

Festzug durch die Stadt.

Gleichzeitig 3½ Uhr Arbeitssitzung im kleinen Saale.

Sonntagnachmittag 5½ Uhr
Aufführung des

Altwestfälischen Schützenfestes

von Karl Wagenfeld,
einstudiert von Dr. Bietendüwel-Münster.

Abends ab 8½ Uhr

Konzert und Tanz.

Karten ab Dienstag für Wäwedamp 1 Mk. (Einheitspreis numeriert) bei Johann Valk, Nobelstraße.
Festakt 50 Pfg. (dafür Programm) an der Kasse.
Schützenfest und Abend 1 Mk. bei Temming & Heilborn und Neyenhaus.

St. Anna-Büchlein

zum Gebrauche bei der Wallfahrtsprozession zum Annaberg.
Vorrätig bei
Temming & Heilborn.

Für 3 Fachzeitschriften tüchtiger
Annoncen-Acquisiteur
mit nachweisbar guten Erfolgen für den dortigen Bezirk gesucht. Angebote unter Postlagerkarte Nr. 13, Köln-Mülheim.

Gelernter
Stückfärber
gesucht.
Stern & Löwenstein.

Einen großen Posten
Kisten
in allen Größen hat billig abzugeben Riesenbazar Otto Scherbel, Nordstr. 19.

Für herschaftlichen Etagenhaushalt ein durchaus erfahrenes älteres
Alleinmädchen
das kochen kann, sofort oder auch später gesucht.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Sauberes ordentl.
Mädchen
für August od. später gesucht.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

---

15 bis 20 Zentner
Wiesenheu
zu verkaufen.
Näheres in d. Geschäftsstelle

Es wird noch
Rindvieh
auf Nachweide angenommen.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Hausierer
verdienen täglich 20 bis 50 Mk. durch Gebauer, Stettin, Alleestraße 61.

Sattler- und Polsterer-Lehrling
auf sofort gesucht.
Anmeldungen unter Vorlage d. Schulzeugnisses durch die Gesch.

Nerven-
tropfen „wawil" seit 24 J. ausgezeichnet. Mittel bei Schlaflosigkeit, zur Herz- und Nervenstärkung. 6 Fl. Mk. 1.50. Zu h. i. Apoth. u. Drog. best bei Heinr. Uhlenkotte, Neustr. 13, Drog. Bruns, Nordstr. 22.

Verkäuferin
zum 1. oder 15. August gesucht. Ebenso stelle noch 1—2
Lehrmädchen
ein.
M. Mühlfelder,
Haus- und Küchengeräte
Bocholt
Ostermarkt.



Bringe mein Haus
mit hübschen Anlagen, direkt im Walde gelegen, in empfehlende Erinnerung.
Best gepflegte Speisen u. Getränke bei mäßigen Preisen.
Hochachtend
Aloys Gudel,
Gasthof zur Post.
Gr.-Burlo.

Verpachtung.

Die Verpachtung der Fürstlichen Flogländereien **in der Gemeinde Anholt** für mehrere Jahre findet statt in der Zeit **vom 13.—18. ds. Mts. in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr.**

Die Pacht pro 1925 wird in Zahlung genommen, und sind auch die Rückstände für 1924 bis zur Neuanpachtung zu begleichen. Gebote nimmt entgegen

Fürstl. Rentei, Anholt.

Flur- und Wandplatten
in reicher Auswahl am Lager,
ferner
Granitfensterbänke, Fußleisten
Waschtischaufsätze usw.
Gebr. Wiese, Bocholt
Nordwall 6. Fernruf 207.
Marmorschleiferei u. Plattengeschäft.

Empfehle täglich prima fette
SUPPENHÜHNER
junge Masthähnchen und Mast-Enten
frische Trinkeier 14 Pfg.
Kempers' Delikatessenhaus
Nobelstraße. Telefon 702

Welche Firma spult Zwirne von Kreuzspulen auf Cops in Lohn.

Schriftliche Offerten unter C. 4573 an die Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für das 5spaltige Millimeter: Im lokalen Teil: Lokale Anzeigen 6 Goldpfg., Familienanzeigen 6 Goldpf., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 5 Goldpf., behördl. Anzeigen, Finanzanzeigen, Aktionen, parteipolitische Anzeigen 8 Pfg. Bei nicht Barzahlung 10 Prozent Aufschlag. Im allgemeinen Teil (Zenoteil): Geschäftsanzeigen 30. Pfg. Anzeigen 10 Pfg. Rekl. 1 M